

Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin
Der Bezirksverordnetenvorsteher
IX. Wahlperiode



Einladung für Gäste

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17 - 10405 Berlin

Telefon 90295 5002 / 5003

Fax 90295 6515

e-mail bvv-buero@ba-pankow.berlin.de

Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Berlin, den 06.01.2022

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur 3. ordentlichen Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

am **Mittwoch, dem 12.01.2022**

um **17:30 Uhr**

ein. Die Tagung findet digital über das Videokonferenzsystem Alfaview statt. Anbei finden Sie die entsprechenden Nutzungshinweise. Der Videokonferenz können Sie über folgenden Link als Zuschauer beitreten:

<https://app.alfaview.com/#/join/01F4SB0STJ68PVQMZQY8Y0CN9B/25cb8cab-a3f1-48f8-bc63-d8b783516483/8cb6adcc-897b-4c34-a473-971522916ae6>

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Oliver Jütting

Tagesordnung

zur 3. ordentlichen Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
am 12.01.2022

Öffentlicher Teil

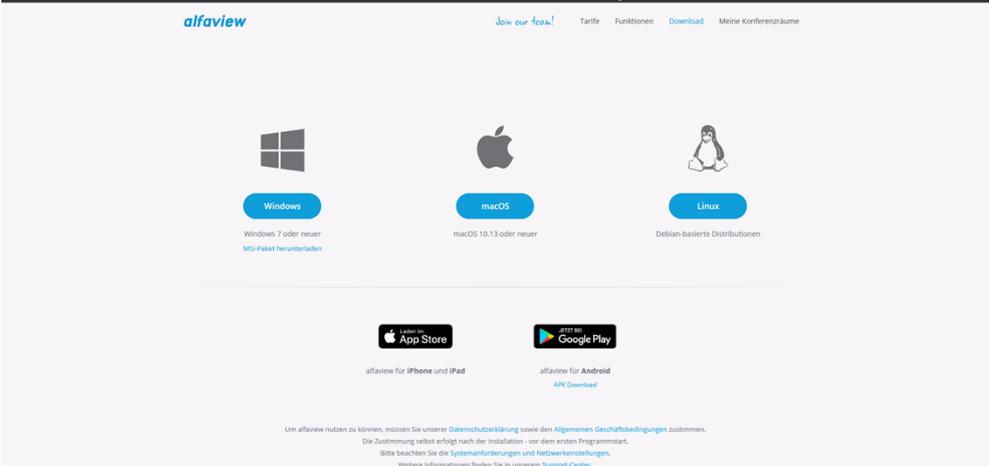
Lfd. Nr.	Drs. Nr.	Gegenstand der Beratung
1		Komplex 1
1.1		Abstimmung über die Tagesordnung
1.2		Einwohnerfragestunde
1.3		Geschäftliche Mitteilungen
1.4		Dringlichkeitsanträge
1.5		Mündliche Anfrage
1.6		Bericht des Bezirksamtes
1.7		Konsensliste
1.8	IX-0035	Vorlage zur Beschlussfassung Bezirksamt, Berufung beratender und stellvertretende beratende Mitglieder des Kinder- und Jugendhilfeausschusses der Bezirksverordnetenversammlung für die IX. Wahlperiode
1.9	IX-0048	Antrag Fraktion der AfD, Besetzung von Ausschüssen durch Bürgerdeputierte auf Vorschlag der AfD-Fraktion
1.10	IX-0050	Antrag Fraktion der SPD, Wahl von Bürgerdeputierten und stellvertretenden Bürgerdeputierten
1.11	IX-0051	Antrag Fraktion der FDP, Wahl Bürgerdeputierte und stellvertretende Bürgerdeputierte
1.12	IX-0053	Antrag Linksfraktion, Wahl von Bürgerdeputierten und stellvertretenden Bürgerdeputierten
1.13	IX-0080	Antrag Fraktion der CDU, Wahl von Bürgerdeputierten
1.14	IX-0081	Antrag BV Dr. Oliver Jütting (Fraktion Bündnis90/Die Grünen), Wahl der Mitglieder des Beirates für Sozialhilfeangelegenheiten
1.15	IX-0082	Antrag BV Dr. Oliver Jütting (Fraktion Bündnis90/Die Grünen), Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Seniorenstiftung Prenzlauer Berg
1.16	IX-0083	Antrag BV Dr. Oliver Jütting (Fraktion Bündnis90/Die Grünen), Wahl eines / einer Bezirksverordneten als Mitglied in den Verwaltungsrat des Eigenbetriebes "Kindergärten NordOst"
1.17	IX-0064	Antrag Linksfraktion und Fraktion der SPD, Projekte „Housing First Berlin“ und „Housing First für Frauen“ stärken - neue Wohnungen in die Projekte integrieren!

Lfd. Nr.	Drs. Nr.	Gegenstand der Beratung
1.18	IX-0042	Antrag Fraktion der SPD, Einen Pankower "Frauenbeirat Stadtplanung" für die IX. Wahlperiode einrichten
1.19	IX-0076	Antrag Fraktion der CDU, Das Straßen- und Grünflächenamt personell besser ausstatten!
1.20	IX-0047	Antrag Fraktion der FDP, Haltestellen der Buslinie 259 in Berlin-Buch
1.21	IX-0071	Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Die Cantianstraße fußgängerinnenfreundlicher und sicherer gestalten
1.22	IX-0062	Antrag Linksfraktion, Fahrradreparatursäulen für Pankow
1.23	IX-0044	Antrag Fraktion der SPD, Wie nachhaltig ist Pankow? Eine Gemeinwohl-Bilanz für den Bezirk erstellen
1.24	IX-0077	Antrag Fraktion der CDU, Pankower RENNsation wiederbeleben und das „Netzwerk Kinderschutz“ sichtbar machen
1.25	IX-0045	Antrag Fraktion der FDP, Neue Fläche für Kleingärten in Pankow
1.26	IX-0066	Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Entwicklung des Botanischen Volksparks sichern - Kooperation mit der Grün Berlin GmbH fortsetzen
1.27	IX-0060	Antrag Fraktion der SPD, Briefkasten für das Bezirksamt und die BVV Pankow sichern
1.28	IX-0059	Antrag Fraktion der SPD, Koordinierung statt Enttäuschung - Überprüfung der Einschulungsbereiche
1.29	IX-0073	Antrag Fraktion der CDU, Villa vor Schönholz für den Bezirk sichern
1.30	IX-0043	Antrag Fraktion der FDP, Marianne-Wünscher-Platz in Pankow
1.31	IX-0070	Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Umbenennung der Robert-Rössle-Straße
1.32	IX-0063	Antrag Linksfraktion, Free Open Air Spaces - Pilotprojekt verstetigen!
1.33	IX-0049	Antrag Fraktion der SPD, Erste Schritte zur Wohnumfeldverbesserung im Sanierungsgebiet Langhansstraße
1.34	IX-0065	Antrag Fraktion der CDU, Sportplatz- und Hallenzeiten online einsehen und buchen
1.35	IX-0069	Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Verteilung von FFP2-Masken durch das Ordnungsamt
1.36	IX-0054	Antrag Fraktion der SPD, Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf/Familie für Bezirksverordnete gewährleisten

Lfd. Nr.	Drs. Nr.	Gegenstand der Beratung
1.37	IX-0057	Antrag Fraktion der SPD, Wochenmarkt wiederbeleben - Zentrum Niederschönhausen aufwerten
1.38	IX-0072	Antrag Fraktion der CDU, Be- und Entlade-Zonen für den Winskiez
1.39	IX-0067	Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Das Landschaftsschutzgebiet Schönholzer Heide und Bürgerpark vor Schäden durch Parken und Befahren schützen
1.40	IX-0046	Antrag Fraktion der SPD, Gertrud-Classen-Platz zur Kiez-Oase entwickeln
1.41	IX-0075	Antrag Fraktion der CDU, Einen für Radfahrer geeigneten Belag über die Heinersdorfer Brücke herstellen
1.42	IX-0052	Antrag Fraktion der SPD, Machbarkeitsstudie für eine Parkraumbewirtschaftung im Vineta-Kiez
1.43	IX-0074	Antrag Fraktion der CDU, Ein Echtzeit-Portal von Pankow nach Kolberg!
1.44	IX-0068	Antrag Fraktionen SPD und CDU, Erfolgreiches Berichtswesen zu Schulbauoffensive, Schulentwicklungsplanung und Sportentwicklungsplanung fortsetzen
1.45	IX-0079	Antrag Fraktion der CDU, Verkehrssicherheit für Radfahrer auf der Danziger Straße
1.46	IX-0058	Antrag Fraktion der SPD, Saubere Spielfläche für die Grundschule unter den Bäumen
1.47	IX-0078	Antrag Fraktion der CDU, Informationsmaterialien des Bezirksamtes bereits vor der Vorstellung in den Ausschüssen an die Bezirksverordneten digital versenden
1.48	IX-0056	Antrag Fraktion der SPD, Verkehrssicherheit an der Kreuzung Trelleborger Str. / Schonensche Str. herstellen
1.49	IX-0055	Antrag Fraktion der SPD, Umleitungsverkehr der Tram-Linie M1 während der Erneuerung des Ingenieurbauwerks Schönhauer Allee optimieren
1.50	IX-0061	Antrag Fraktion der SPD, Mehr als nur ein Tropfen - Regenwasserzisterne für den Blankensteinpark
2		Komplex 2
2.1	VIII-0720	Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /SB Bezirksamt, Bienen schützen - Prävention, Information und Behandlung vor Tötung
2.2	VIII-0844	Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /ZB Bezirksamt, Entwicklung von Formaten der Kinder- und Jugendbeteiligung
2.3	VIII-1106	Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /SB Bezirksamt, Temporäre Spielstraße am Teutoburger Platz
2.4	VIII-1117	Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /SB Bezirksamt, WLAN in Zimmern von Wohnungslosenheimen

Lfd. Nr.	Drs. Nr.	Gegenstand der Beratung
2.5	VIII-1192	Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /SB Bezirksamt, Kindgerechte Informationstafeln an Volieren und Tiergehege im Bürgerpark Pankow
2.6	VIII-1337	Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /SB Bezirksamt, Flexible Kinderbetreuung auch für Pankow weiterentwickeln
2.7	VIII-1498	Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /SB Bezirksamt, Radverkehrsanlage Heinersdorfer Straße
2.8	VIII-1561	Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /ZB Bezirksamt, Rahmenplanung für Französisch Buchholz
2.9	VIII-1585	Vorlage zur Kenntnisnahme § 13 BezVG /ZB Bezirksamt, Frühzeitige Lösung für den KiezKlub Pankow
2.10	IX-0036	Vorlage zur Kenntnisnahme § 15 BezVG Bezirksamt, Benennung der Vorsitzenden des Kuratoriums der „Seniorenstiftung Prenzlauer Berg“
2.11	IX-0037	Vorlage zur Kenntnisnahme § 15 BezVG Bezirksamt, Benennung eines Mitgliedes für den Vorstand der Albert Schweizer Stiftung
2.12	IX-0038	Vorlage zur Kenntnisnahme § 15 BezVG Bezirksamt, Neubesetzung des Stiftungsrates der Stiftung Pfefferwerk
2.13	IX-0039	Vorlage zur Kenntnisnahme § 15 BezVG Bezirksamt, Bestellung von Mitgliedern des Bezirksamts Pankow von Berlin für das Heimkuratorium „Seniorenwohnen am Schloßpark“
2.14	IX-0040	Vorlage zur Kenntnisnahme § 15 BezVG Bezirksamt, Benennung bezirklicher Mitglieder der Trägerversammlung des Jobcenters Berlin Pankow
2.15	IX-0041	Vorlage zur Kenntnisnahme § 15 BezVG Bezirksamt, Bildung der Spielplatzkommission

Nutzungshinweise für Gäste zum Videokonferenzsystem „Alfavier“:

<p>Voraussetzung</p>	<p>Alfavier kann ohne Administrationsrechten installiert werden (https://alfavier.com/de/download/):</p> 
<p>Vorgehensweise:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Nutzen Sie den in der Einladung übermittelten Link, um der Videokonferenz beizutreten. - Tragen Sie Ihren Namen ein - akzeptieren die Nutzungsrichtlinien - und betreten den Konferenzraum. - Sie werden nun aufgefordert die App für Alfavier herunterzuladen und können dann an der Tagung der BVV teilnehmen.
<p>Symbole:</p>	
<p>Mikrofon</p>	<p>Das Mikrofon ist beim Betreten eines Konferenzraumes ausgeschaltet, um eine unbeabsichtigte Übertragung zu vermeiden.</p> <div style="display: flex; flex-direction: column; align-items: center;"> <div style="display: flex; align-items: center; margin-bottom: 10px;">  <p>Mikrofon an</p> </div> <div style="display: flex; align-items: center;">  <p>Mikrofon aus</p> </div> </div> <p style="color: red; text-align: center;">Bitte schalten Sie Ihr Mikrofon nach jeder Wortmeldung wieder aus!</p>
<p>Kaffeetasse</p>	<p>Pause-Modus</p> <p>Verwenden Sie diese Funktion, um eine laufende Sitzung zu unterbrechen ohne den Konferenzraum zu verlassen.</p> <div style="display: flex; flex-direction: column; align-items: center;"> <div style="display: flex; align-items: center; margin-bottom: 10px;">  <p>Pause-Modus aus</p> </div> <div style="display: flex; align-items: center;">  <p>Pause-Modus an</p> </div> </div> <ul style="list-style-type: none"> • Kamera und Mikrofon sind im Pause-Modus deaktiviert. • Der Gruppenchat kann im Pause-Modus weiterhin verwendet werden.

	<ul style="list-style-type: none"> • Eine laufende Bildschirmübertragung bleibt im Pause-Modus sichtbar. • Die anderen Teilnehmer sind für mich nicht zu hören und zu sehen.
Funktionsmenü	<p>- befindet sich am rechten oberen Rand der Anwendung und steuert folgende Funktionen:</p> <ul style="list-style-type: none">  Öffnet das Bedienfeld Teilnehmer und Gruppen  Öffnet das Bedienfeld Gruppenchat – Der Chat ist nur zum Anzeigen von Wortmeldungen zugelassen!  Öffnet das Bedienfeld Schnelleinstellungen Hier ist die „Echounterdrückung“ und „Geräuschunterdrückung“ einzuschalten.  Wechselt aus dem aktuellen Raum zur Raum- und Gruppenübersicht
Statusmenü	<p>- befindet sich am linken unteren Rand der Anwendung und steuert folgende Funktionen:</p> <ul style="list-style-type: none">  Zeigt die Anzahl der Teilnehmer in diesem Sitzungsraum und öffnet das Bedienfeld Teilnehmer und Gruppen <hr/> <ul style="list-style-type: none">  Zeigt die Anzahl der Zuschauer in diesem Konferenzraum und öffnet die Einstellung Zuschauer in Benutzerliste anzeigen <hr/> <ul style="list-style-type: none">  Schaltet den Ton der Anwendung aus und an
Sitzungsraum verlassen	Über das Symbol  steht unten das rote Fenster zum „Raum verlassen“ zur Verfügung.
Bildschirm	<p>Bildschirmübertragung</p> <p>Mit der Bildschirmübertragung kann der eigene Bildschirm oder ein Teil davon abgefilmt und an die Teilnehmer einer Konferenz übertragen werden.</p> <hr/> <ul style="list-style-type: none">  Bildschirmübertragung aus  Bildschirmübertragung an



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0035

Vorlage zur Beschlussfassung

Ursprung:
Vorlage zur Beschlussfassung, Bezirksamt

Bezirksamt

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Berufung beratender und stellvertretende beratende Mitglieder des Kinder- und Jugendhilfeausschusses der Bezirksverordnetenversammlung für die IX. Wahlperiode

Die BVV möge beschließen:

siehe Anlage

Berlin, den 03.12.2021

Einreicher: Bezirksamt

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Bezirksamt Pankow von Berlin

.11.2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.:

Vorlage zur Beschlussfassung für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 12 und 16 BezVG

1. Gegenstand der Vorlage

Berufung beratender und stellvertretende beratende Mitglieder des Kinder- und Jugendhilfeausschusses der Bezirksverordnetenversammlung für die IX. Wahlperiode.

2. Beschlussentwurf

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung beruft die durch den Bezirksschulbeirat, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft, durch den Ausschuss für Partizipation und Integration, die durch den Ausschuss selbst sowie durch den Bezirksstadtrat für das Jugendamt, Herrn Cornelius Bechtler, gem. § 35 Abs. 7 Nr. 3 bis 9 AG KJHG benannten Personen (siehe Vorschlagsliste Anlagen 1 bis 5) mit beratender Stimme für jeweils eine Amtsperiode in den Kinder- und Jugendhilfeausschuss und bestimmt für diese Mitglieder das in den Anlagen benannte stellvertretende Mitglied, soweit erfolgt.

Folgende Vorschläge sind noch nicht eingegangen:

- Vertreter*innen des Integrationsausschusses
- Vertreter*innen der Evangelischen Kirche
- Vertreter*innen der Jüdischen Gemeinde.

Diese können erst nach eingehenden Vorschlag benannt und berufen werden.

Darüber hinaus sollen eine/e Vertreter/in und stellv. Vertreter/in des Bezirksschüler*innenausschusses gemäß § 71 und § 4a SGB VIII – Kinder- und Jugendstärkungsgesetz als selbstorganisierte Zusammenschlüsse als beratende Mitglieder berufen werden (Vorschlagsliste Anlage 5).

1.		Beratendes Mitglied in der Mädchenarbeit erfahrene Frau
2.		stellv. Beratendes Mitglied in der Mädchenarbeit erfahrene Frau
3.		Beratendes Mitglied in der Arbeit mit behinderten Kindern und Jugendlichen erfahrene Person
4.		stellv. Beratendes Mitglied in der Arbeit mit behinderten Kindern und Jugendlichen erfahrene Person
5.		Beratendes Mitglied Bezirkseleternausschuss Kindertagesbetreuung
6.		stellv. Beratendes Mitglied Bezirkseleternausschuss Kindertagesbetreuung
7.		Beratendes Mitglied Bezirksschulbeirat
8.		stellv. Beratendes Mitglied Bezirksschulbeirat
9.		Beratendes Mitglied Katholischen Kirche
10.		stellv. Beratendes Mitglied Katholischen Kirche
11.		Beratendes Mitglied Freigeistigen Verbände
12.		stellv. Beratendes Mitglied Freigeistigen Verbände
13.		Beratendes Mitglied Integrationsausschuss (noch kein Vorschlag eingegangen)
14.		stellv. Beratendes Mitglied Integrationsausschuss (noch kein Vorschlag eingegangen)
15.		Beratendes Mitglied Evangelischen Kirche (noch kein Vorschlag eingegangen)

16.		stellv. Beratendes Mitglied Evangelischen Kirche (noch kein Vorschlag eingegangen)
17.		Beratendes Mitglied Jüdische Gemeinde (noch kein Vorschlag eingegangen)
18.		stellv. Beratendes Mitglied Jüdische Gemeinde (noch kein Vorschlag eingegangen)
19.		Beratendes Mitglied aus der Jugendhilfe sachverwandten Bereichen
20.		stellv. Beratendes Mitglied aus der Jugendhilfe sachverwandten Bereichen
21.		Beratendes Mitglied aus der Jugendhilfe sachverwandten Bereichen
22.		stellv. Beratendes Mitglied aus der Jugendhilfe sachverwandten Bereichen
23.		Beratendes Mitglied aus der Jugendhilfe sachverwandten Bereichen
24.		stellv. Beratendes Mitglied aus der Jugendhilfe sachverwandten Bereichen
25.		Beratendes Mitglied Selbstorganisierte Zusammenschlüsse
26.		stellv. Beratendes Mitglied Selbstorganisierte Zusammenschlüsse

3. Begründung

Das Sozialgesetzbuch Aches Buch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) Kinder- und Jugendstärkungsgesetz fixiert in seinem § 71 die einmalige Sonderstellung des Jugendamtes als zweigliedrige Behörde, bestehend aus dem Jugendhilfeausschuss (JHA) und der Verwaltung (Jugendamt). Das Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) beschreibt darüber hinaus die Zusammensetzung der Mitglieder des Kinder- und Jugendhilfeausschusses.

Nach § 35 Abs. 8 AG KJHG beruft die Bezirksverordnetenversammlung die in § 35 Abs. 7 Nr. 3 - 9 KJHG bezeichneten und durch den Geschäftsbereich Jugend zuständige Mitglied des Bezirksamtes, den Bezirksschulbeirat, für den Bezirksausschuss Kindertagesbetreuung, den

Integrationsausschuss, die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Vertreter*innen der Mädchenarbeit, Vertreter*innen der Arbeiten mit behinderten Kinder- und Jugendlichen sowie Vertreter*innen, die in der Jugendhilfe sachverwandten Bereich für jeweils eine Amtsperiode als beratende Mitglieder des Kinder- und Jugendhilfeausschusses.

Nach § 35 Abs. 8 werden die nach Abs. 7 Nr. 3, 4 und 5 (eine für die Mädchenarbeit erfahrene Frau, eine in der Arbeit mit behinderten Kindern und Jugendlichen erfahrene Person und eine Person zur Vertretung des Bezirksselternausschusses der Kindertagesstätten) von dem für den Geschäftsbereich Jugend zuständigen Mitglied des Bezirksamts, Herrn Bechtler benannt und von der Bezirksverordnetenversammlung berufen.

Nach § 35 Abs. 8 werden nach Abs. 7 die in Nummer 6 genannten Personen vom Bezirksschulbeirat, die in Nummer 7 genannten Personen von ihrer Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft, die in Nummer 8 genannte Person vom Integrationsausschuss (benannt kann hier vom Integrationsausschuss z.B. auch die Integrationsbeauftragte) und die in Nummer 9 genannten Personen (drei weitere Personen aus der Jugendhilfe sachverwandten Bereichen) durch den Ausschuss selbst für jeweils eine Amtsperiode benannt und von der Bezirksverordnetenversammlung berufen.

Welche Weltanschauungsgemeinschaft die Person in Vertretung der freigeistigen Verbände benennt, entscheidet das für den Geschäftsbereich Jugend zuständige Mitglied des Bezirksamts.

Gemäß § 35 Abs. 9 Satz 1 AG KJHG soll die Benennung der Mitglieder nach den Absätzen 5, 6 und 8 gleichmäßig nach Frauen und Männern erfolgen. Für jedes Mitglied ist gemäß § 35 Abs. 9 Satz 2 AG KJHA ein stellvertretendes Mitglied zu benennen.

Darüber hinaus legt das neue Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz – SGB VIII gemäß § 71 und § 4a SGB VIII neu fest, dass Vertreter*innen aus selbstorganisierten Zusammenschlüssen als beratende Mitglieder in den KJHA aufgenommen werden sollen. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen ein/e Vertreter/in und stellv. Vertreter/in dem Bezirksschüler*innenausschuss als beratende Mitglieder zu berufen.

Zur Vorbereitung auf die ausstehende Wahl wurden Träger, Verbände (Wohlfahrtsverbände und freigeistige Verbände), Kirchen die Jüdische Gemeinde, Träger der Mädchenarbeit sowie der Eingliederungshilfe, der Behindertenbeauftragte und Mitglieder der AG'n nach § 78 SGB VIII angeschrieben. Ebenso wurde eine Pressemitteilung veröffentlicht und die Möglichkeit der Einreichung von Interessenbekundungen auf der Website des Jugendamtes Pankow veröffentlicht. Darüber hinaus erhielten alle Mitglieder des bestehenden Kinder- und Jugendhilfeausschusses den Aufruf zur Interessenbekundung zur Kenntnisnahme.

Die Vorschläge für die Beratenden Mitglieder und stellvertretenden Beratenden Mitgliedern sind bis zum 27.10.2021 eingegangen. Einzelne Vorschläge sind erst nach dem 27.10.2021 eingetroffen, die dennoch in der Vorschlagsliste mit aufgenommen und in der Bemerkung kenntlich gemacht wurden. Der Aufruf wurde am 22.09.2021 veröffentlicht, so dass ausreichend Zeit zur Einreichung von Interessenbekundungen war.

In den Anlagen werden der Bezirksverordnetenversammlung die in den Kinder- und Jugendhilfeausschuss zu berufenden Mitglieder sowie ihre Stellvertreter*innen benannt mit Ausnahme der zuvor genannten Vorschläge, die noch nicht eingegangen sind.

4. Rechtsgrundlage

§§ 12, 16 BezVG, SGB VIII und das Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG)

5. Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

6. Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

7. Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

8. Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Cornelius Bechtler
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0048

Antrag

Fraktion der AfD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der AfD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Besetzung von Ausschüssen durch Bürgerdeputierte auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Die BVV möge beschließen:

Für die nachfolgenden Ausschüsse schlägt die AfD-Fraktion Bürgerdeputierte und deren Stellvertreter vor:

Ausschuss	Bürgerdeputierter	Stellv. Bürgerdeputierter
Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur	Melanie König	Martin Kellner
Stadtentwicklung, Bebauungsplanung, Genehmigungen	Andreas Geithe	Uli Zedler
Mobilität und öffentliche Ordnung	Uli Zedler	Andreas Geithe
Eingaben und Beschwerden	Martin Kellner	Mike Priesing

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der AfD
 Daniel Krüger

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0050

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der SPD
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Wahl von Bürgerdeputierten und stellvertretenden Bürgerdeputierten

Die BVV möge beschließen:

In die folgenden Ausschüsse werden die folgenden Personen als Bürgerdeputierte und stellvertretende Bürgerdeputierte hinzu gewählt:

Ausschuss	Bürgerdeputierte/r	Stellvertretende/r Bürgerdeputierte/r
Finanzen, Immobilien, Personal und Energiemanagement	Björn Steinborn	Liana Fix
Gleichstellung und Bürger:innenbeteiligung	Daniela Döbler	Constanze Meyer
Wirtschaftsförderung, Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung	Mathias Brüggmann	Frithjof Gau
Schule und Sport	Kaj Hoffmann	Daniel Möncke
Weiterbildung und Kultur	Max Neumann	Nina Eilers
Mobilität und öffentliche Ordnung	Matthias Hübner	Carlos Boschert

Ausschuss	Bürgerdeputierte/r	Stellvertretende/r Bürgerdeputierte/r
Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur	Tobias Hüchtemann	Daniel Schäfer
Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen	Kathrin Kammermeier	Sonja Garske
Soziales, Senior:innen und Gesundheit	Monika Engels	Yasser Sabek

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD
Roland Schröder

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0051

Antrag

Fraktion der FDP

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der FDP
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Wahl Bürgerdeputierte und stellvertretende Bürgerdeputierte**Die BVV möge beschließen:**

In die folgenden Ausschüsse werden die folgenden Personen als Bürgerdeputierte und stellvertretende Bürgerdeputierte hinzu gewählt:

Ausschuss	Bürgerdeputierte/r	Stellvertretende/r Bürgerdeputierte/r
Bürgerdienste und Geschäftsordnung	Karin Litfin	Carsten Wilke
Eingaben und Beschwerden	Ruven Gastel	Rainer Rippe
Weiterbildung und Kultur	Michael Brycz	Athanasia Rousiamani Goldthau
Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen	Artur Gärtner	Volker Imhoff
Gleichstellung und Bürgerinnenbeteiligung	Sylvia Krüger	Una Bratslavsky

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der FDP
 Dr. Thomas Enge

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0053

Antrag
 Linksfraktion

Ursprung:
 Antrag, Linksfraktion
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
 12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Wahl von Bürgerdeputierten und stellvertretenden Bürgerdeputierten

Die BVV möge beschließen:

In die folgenden Ausschüsse werden die folgenden Personen als Bürgerdeputierte und stellvertretende Bürgerdeputierte gewählt:

Ausschuss	Bürgerdeputierte	Stellv. Bürgerdeputierte
Finanzen, Immobilien, Personal und Energiemanagement	-	-
Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur	Jonathan Deisler	Jurik Stiller
Mobilität und öffentliche Ordnung	Jurik Stiller	Jonathan Deisler
Bürgerdienste und Geschäftsordnung	Oskar Lederer	Lisa Klingsporn
Eingaben und Beschwerden	Tamara Van hove	Marcel Krümmel
Weiterbildung und Kultur	Lisa Klingsporn	Oskar Lederer
Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen	Lisa Albrecht	N.N.

Ausschuss	Bürgerdeputierte	Stellv. Bürgerdeputierte
Wirtschaftsförderung, Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung	Susanne Kühne	Marlon Holly
Gleichstellung und Bürger*innenbeteiligung	Heike Gerstenberger	Tamara Van Hove
Schule und Sport	Susanne Kühne	Adrian Dörge
Soziales, Senior*innen und Gesundheit	Christina Pfaff	Emelie Truckenbrodt

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Linksfraktion
Matthias Zarbock

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0080

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Wahl von Bürgerdeputierten**Die BVV möge beschließen:**

In die folgenden Ausschüsse werden die folgenden Personen als Bürgerdeputierte hinzu gewählt:

Ausschuss für	Bürgerdeputierte_r
Weiterbildung und Kultur	Frau Aileen Weibeler
Schule und Sport	Herr Markus Stang
Wirtschaftsförderung, Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung	Herr Tim Körner
Soziales, Senior*innen und Gesundheit	Herr Matthias Renger
Bürgerdienste und Geschäftsordnung	Frau Lea Ennen
Mobilität und öffentliche Ordnung	Herr Felix Feihe

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Fraktion der CDU
 Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0081

Antrag

BV Dr. Oliver Jütting (Fraktion
Bündnis90/Die Grünen)

Ursprung:

Antrag, BV Dr. Oliver Jütting (Fraktion Bündnis90/Die Grünen)

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Wahl der Mitglieder des Beirates für Sozialhilfeangelegenheiten

Die BVV möge beschließen:

Gemäß § 34 AZG setzt sich der Beirat für Sozialhilfeangelegenheiten aus

- a. drei Bezirksverordneten
- b. einem Vertreter der Gewerkschaften und
- c. drei Vertretern von Vereinigungen, die Hilfebedürftige betreuen
- d. zwei Vertretern von Organisationen, die sich für Belange der sozialhilfeberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne des § 2 des Partizipations- und Integrationsgesetzes einsetzen und zwar vorrangig von Migrantenverbänden zusammen. Die Amtszeit beträgt eine Wahlperiode.

Die Wahl zu den Punkten b, c und d. erfolgt in einem gesonderten Verfahren (Vorlage Bezirksamtes).

Folgende Kandidaten der BVV stellen sich zur Wahl als Beiratsmitglieder:

Bündnis 90/ Die Grünen

Helene Bond

Linksfraktion

Astrid Landero Alvarado

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: BV Dr. Oliver Jütting (Fraktion Bündnis90/Die Grünen),

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0082

Antrag

BV Dr. Oliver Jütting (Fraktion
Bündnis90/Die Grünen)

Ursprung:

Antrag, BV Dr. Oliver Jütting (Fraktion Bündnis90/Die Grünen)

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Seniorenstiftung Prenzlauer Berg

Die BVV möge beschließen:

Als Mitglieder des Kuratoriums der Seniorenstiftung Prenzlauer Berg gemäß rechtskräftiger Satzung der Seniorenstiftung Prenzlauer Berg vom 29. Juli 2013 werden gewählt:

zwei in der Altenpolitik erfahrene Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung	Vorschlag Fraktion der CDU	David Paul
ein/e Vertreter/in der bezirklichen Seniorenvertretung	Vorschlag der Seniorenvertretung (bis zur Neuwahl der Seniorenvertretung im März 2022)	Gerd Förster
eine Ärztin/ein Arzt für innere oder allgemeine Medizin, möglichst mit der Fachspezialisierung Geriatrie	Vorschlag der Seniorenstiftung	Dr. Uwe Peters
eine in Theorie und Praxis der Pflege kompetente Persönlichkeit	Vorschlag der Seniorenstiftung	Katja Dierich

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: BV Dr. Oliver Jütting (Fraktion Bündnis90/Die Grünen),

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0083

Antrag

BV Dr. Oliver Jütting (Fraktion
 Bündnis90/Die Grünen)

Ursprung:

Antrag, BV Dr. Oliver Jütting (Fraktion Bündnis90/Die Grünen)

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

**Betreff: Wahl eines / einer Bezirksverordneten als Mitglied in den Verwaltungsrat des
 Eigenbetriebes "Kindergärten NordOst"**

Die BVV möge beschließen:

Die BVV wählt gemäß § 7 der Betriebsatzung für den Eigenbetrieb „Kindergärten NordOst,
 Eigenbetrieb von Berlin“ für die Dauer einer Wahlperiode:

Eine/n Bezirksverordnete/n als ordentliches Mitglied des Verwaltungsrates des Eigenbetriebes
 „Kindergärten NordOst“ sowie eine/n Bezirksverordnete/n als stellvertretendes Mitglied auf
 Vorschlag der Fraktionen:

Linksfraktion

Paul Schlüter

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: BV Dr. Oliver Jütting (Fraktion Bündnis90/Die Grünen),

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0064

Antrag

Linksfraktion und Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion und Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Projekte "Housing First Berlin" und "Housing First für Frauen" stärken – neue Wohnungen in die Projekte integrieren!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, weitere Wohnungen für die Projekte „Housing First Berlin“ und „Housing First für Frauen“ zu identifizieren und zu integrieren. Wohnungen sind unter anderem bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften mit Bestand in Pankow sowie bei verschiedenen privaten Vermieter*innen auszumachen.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Linksfraktion und Fraktion der SPD

Linksfraktion: gez. BV Maximilian Schirmer, BV Matthias Zarbock

SPD: gez. Ulrike Rosensky und Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das Modellprojekt „Housing First“ ist ein weltweites Erfolgsmodell. Alle Bezirke haben sich bei der landesweiten Strategiekonferenz zum Thema Wohnungslosigkeit darauf verständigt, dieses Projekt zu unterstützen. Auch in Berlin ist dieses Projekt, ebenso wie das Projekt „Housing First für Frauen“, sehr erfolgreich angelaufen. Leider reichen die Kapazitäten nicht aus, um die Nachfrage zu decken. Daher soll sowohl vom Land als auch von den Bezirken mehr Unterstützung in diese Projekte fließen. Die BVV Pankow hat mit der Drucksache VIII-1476 bereits eine Unterstützung des Modellprojektes beschlossen. Diese Unterstützung gilt es nun zu verstetigen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0042

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Einen Pankower "Frauenbeirat Stadtplanung" für die IX. Wahlperiode einrichten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, in der IX. Wahlperiode einen "Frauenbeirat Stadtplanung" einzurichten. Die Ausschreibung und die Erarbeitung des Konzeptes erfolgt in Zusammenarbeit mit der bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten, dem Stadtentwicklungsamt und unter Einbindung des Frauenbeirates Pankow. Es muss sichergestellt sein, dass zum Beispiel die Träger der bezirklichen Frauenarbeit miteingebunden werden, damit auch von deren Seite Einfluss auf die Ausgestaltung des Beirates und dessen inhaltliche Arbeit, genommen werden kann.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Ulrike Rosensky, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der Frauenbeirat Stadtplanung in Pankow soll Problemlagen und Fragen von Frauen* im Bezirk in der Stadt- und Bauplanung, bei den Themen Wohnen, Grünplanung, Umweltschutz, Mobilität und Straßengestaltung aufgreifen und dazu konkrete Anregungen geben. Des Weiteren soll der Frauenbeirat Stadtplanung als sonstiger Träger öffentlicher Belange in die verbindliche Bauleitplanung einbezogen werden.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0076

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Das Straßen- und Grünflächenamt personell besser ausstatten!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird im Zuge der Erarbeitung des Eckwertebeschlusses ersucht, das Straßen- und Grünflächenamt personell und finanziell zu stärken und dazu die Haushaltstitel 42201, 42801 und 42811 im Kapitel 3800 besser auszustatten.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Fraktion der CDU

David Paul, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das Straßen- und Grünflächenamt sieht sich mit einer steigenden Aufgabenlast befasst. Um diese Aufgaben zu bewältigen, ist ein zusätzlicher Stellenaufwuchs nötig. Bereits heute besteht ein zusätzlicher Bedarf von 138 Stellen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0047

Antrag

Fraktion der FDP

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der FDP
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Haltestellen der Buslinie 259 in Berlin-Buch**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass an der Strecke der Buslinie 259 im Ortsteil Berlin-Buch zwei weitere Haltestellen eingerichtet werden. Wegen der großen Abstände schlagen wir dazu den Haltepunkt Schönerlinder Chaussee /Seegraben und Schönerlinder Straße / Graben 134 vor. Dies dient der besseren Erschließung der Landschafts- und Naturschutzgebiete für Erholungssuchende im Pankower Norden.

Das Bezirksamt wird außerdem ersucht, die zeitnahe Ausstattung der Haltestellen der Linie 259 entlang der Strecke zwischen dem S-Bahnhof Buch und Französisch-Buchholz mit Wartehäuschen anzuregen. Wegen der fehlenden Bebauung sind die Nutzer des ÖPNV an diesen Orten ohne Schutz vor Witterungserscheinungen und Sonne, dem durch die übliche Ausstattung abgeholfen werden kann.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der FDP
 Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Flächen des LSG und NSG werden bereits heute von vielen Erholungssuchenden für Spaziergänge und Wanderungen genutzt. Der Abstand der vorhandenen Haltestellen liegt jedoch so weit, dass selbst die bislang geltende Regelung von 400m Entfernung Luftlinie nicht immer erreicht wird. Zur besseren Erschließung lässt sich der Abstand durch die vorgeschlagenen Haltestellen auf max. 400m Fußweg reduzieren. Durch den Anschluss der Buslinie an die S-Bahn und Tram sowie andere Buslinie wird damit das ÖPNV-Angebot vor Ort deutlich für die Berliner und Pankower verbessert.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0071

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Die Cantianstraße fußgängerinnenfreundlicher und sicherer gestalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, kurzfristig die markierten Gehwegvorstreckungen und Fußgängerübergänge an den Kreuzungen der Cantianstraße mit der Gaudystraße und der Milastraße zu erneuern. Langfristig sollen die beiden Kreuzungen und der Straßenabschnitt der Cantianstraße entlang des Stadions fußgängerfreundlich gestaltet werden, indem:

- die markierten Fußgängerübergänge durch befestigte Gehwegvorstreckungen ersetzt werden.
- die Parkordnung entlang des Fußballplatzes von Querparken auf Längsparken geändert wird.
- Fahrradabstellanlagen auf Parkplätzen installiert werden.
- Die T-Kreuzung Milastraße/Cantianstraße baulich so verändert wird, dass der Querungsweg für Fußgänger:innen verkürzt wird.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Patrizia Flores

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die weiße Farbe der Gehwegvorstreckungen an den Kreuzungen Cantianstraße Ecke Milastraße und Gaudystraße ist abgeblättert und kaum noch sichtbar. Das führt dazu, dass die Kreuzungen zugeparkt sind und die Zufußgehenden Schwierigkeiten haben, über die Straße zu kommen. Da es sich um einen Schul- und Kitaweg handelt, ist die Situation dort besonders prekär. Eine schnelle, kurzfristige Maßnahme ist notwendig. Um die Situation an den Kreuzungen jedoch dauerhaft fußgängerfreundlich zu gestalten, müssen dort Gehwegvorstreckungen auch baulich hergestellt werden. Die T-Kreuzung Cantianstraße/Milastraße ist zudem sehr weitläufig. Durch die Schaffung der Gehwegvorstreckungen würde die Länge der Straßenquerung verringert und so die Sicherheit der Fußgänger:innen, vor allem der Schulkinder und Senior:innen, erheblich erhöht und der fahrenden Verkehr entschleunigt werden.

Die querparkenden Autos am Stadion ragen meist über die für die Parkplätze markierte Fläche hinaus und in den Fußgängerbereich hinein, ohne dass es geahndet wird (siehe Fotos unten). Das führt gerade beim Einparken zu Konflikten mit Fußgänger:innen, besonders mit Kindern, die aus der Autofahrerperspektive nicht gesehen werden.

Entlang der Cantianstraße fehlt es an Fahrradabstellanlagen sowohl für Anwohner:innen als auch für Besucher:innen des Stadions. Da jegliche Fahrzeuge auf der Straße parken sollen, ist es sinnvoll, die Fahrradabstellanlagen auf vorhandenen Parkplätzen zu installieren. Mit der Drucksache VIII-0501 wurde bereits beschlossen, dass bei der Neugestaltung von Kreuzungen, Fahrradabstellanlagen auf dem letzten Parkplatz vor der Kreuzung eingerichtet werden. Somit werden die Sichtverhältnisse verbessert und Konflikte mit Fußgänger:innen vermieden.





Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0062

Antrag
 Linksfraktion

Ursprung:
 Antrag, Linksfraktion
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
 12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Fahrradreparatursäulen für Pankow

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, in Pankow an geeigneten und vom Fahrradverkehr hoch frequentierten Verkehrsknotenpunkten Fahrradreparatursäulen einzurichten. Dabei sollen insbesondere Verkehrsknotenpunkte des täglichen Berufsverkehrs geprüft werden und ebenfalls günstig gelegene Stellen des touristischen Radverkehrs, u.a. in Erholungsgebieten und bei Langstrecken-Radwegen (z.B. Berlin-Usedom-Radweg). Diese Fahrradreparatursäulen, sollen entsprechend in den Touristenführern und Verkehrskarten markiert und bekannt gemacht werden. Das Bezirksamt legt dem Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung bis zum Ende des zweiten Quartals 2022 Vorschläge für geeignete Standorte und ein Finanzierungskonzept vor.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Linksfraktion
 gez. BV Maximilian Schirmer, BV Matthias Zarbock

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Das Fahrrad ist ein immer beliebter werdendes Verkehrsmittel. Während die Infrastruktur auf der Straße stetig ausgebaut wird, gibt es bei spontanen Reparaturbedürfnissen lediglich die Möglichkeit, in einen Fahrradladen zu gehen. Nach Ladenschluss oder bei fehlender Infrastruktur kann es auch bei kleinen Reparaturen zu langen Wartezeiten kommen. Daher haben viele Städte, von Amsterdam bis Leverkusen, solche Säulen bereits installiert. Auch verschiedene Berliner Bezirke haben solche Säulen bereits installiert (z.B. Reinickendorf). Pankow sollte im Zuge der Verkehrswende hier nachziehen.

Fahrradreparatursäule in Rostock**Fahrradreparatursäule in Rostock**



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0044

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Wie nachhaltig ist Pankow? Eine Gemeinwohl-Bilanz für den Bezirk erstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

gemeinsam mit dem Gemeinwohl-Ökonomie Berlin-Brandenburg e.V. (GWÖ) eine Gemeinwohlabilanzierung für den Bezirk Pankow, auf der Grundlage des „Arbeitsbuches für Gemeinden Version 2.0“ sowie der entsprechenden „Matrix Gemeinden“, zu erstellen und auditieren zu lassen.

In den Bilanzierungsprozess sollen hierbei auch Berliner Hochschulen und Universitäten mit Forschungsvorhaben eingebunden werden.

Der Auditierungsbericht und die hieraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen und -optionen sind der BVV vorzustellen.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Stadt Steinheim (Westfalen) hat als erste deutsche Gemeinde eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt und auf 166 S. Punkt für Punkt bewertet, wie sozial, nachhaltig, regional und ökologisch die kommunale Verwaltung tatsächlich ist. Mittlerweile sind mehrere Städte bundesweit dem Beispiel Steinheims gefolgt, mit dem Bezirk Pankow und seinen >400 TSD Einwohner:innen würde sich jedoch erstmals eine große Kommunalverwaltung diesem Prozess stellen.

Die 2011 zuerst in Österreich entwickelte Idee der Gemeinwohloökonomie (GWÖ) bietet einen umfassenden Ansatz, um die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) der Vereinten Nationen zu analysieren und in der Folge umzusetzen. Kommunale Handlungsentscheidungen werden dabei anhand der Kategorien Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Transparenz und Demokratie evaluiert und bewertet. Mit der Bilanzierung soll ein Bewusstseinsprozess der Bezirksverwaltung angestoßen werden, denn gemäß § 7 der Landeshaushaltsordnung (LHO) ist Pankow lediglich verpflichtet „wirtschaftlich, effizient und sparsam“ zu haushalten, von Nachhaltigkeit hingegen ist nicht die Rede. Die Aufdeckung blinder Stellen in den gesetzlichen Vorgaben wäre daher geeignet, Handlungsbedarfe und -optionen auch über die Grenzen des Bezirks hinaus aufzuzeigen und somit einen gesellschaftspolitischen Systemwechsel anzustoßen.

Wenn wir es ernst meinen mit Nachhaltigkeit, bedarf es hierzu einer vollständigen Evaluation und Fortschreibung der kommunalen Zielsetzungen und Handlungen. Eine Gemeinwohl-Bilanz würde eine einheitliche, umfassende Handlungsanleitung für den Bezirk darstellen und diesem Punkt für Punkt konkretes und konzertiertes Gegensteuern ermöglichen. Zukünftige Entscheidungen des Bezirksamtes müssten sich daran messen lassen, ob diese vom Gemeinwohl-Gedanken getragen werden.

Eine Gemeinwohl-Bilanz wäre ein erster notwendiger Schritt, um einen Erkenntnis- und Handlungsprozess einzuleiten. Durch die regelmäßige Zertifizierung wären Fortschritte und Versäumnisse zeitnah verifizierbar. Dies würde auch die bisherige Flickschusterei durch Einzelmaßnahmen der Bezirksverwaltung und diverser Detailanträge und -beschlüsse der BVV vermindern.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0077

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Pankower RENNsation wiederbeleben und das "Netzwerk Kinderschutz" sichtbar machen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit die Pankower RENNsation im Geiste der 10-jährigen Tradition (von 2009 bis 2019) wiederbelebt wird und das „Netzwerk Kinderschutz“ sowie das Thema per se wieder eine verdiente und angemessene sichtbare, mediale und gesellschaftliche Außenwirkung erfährt.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: **Fraktion der CDU**

David Paul, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der Schutz der Kinder ist für die Gesellschaft von herausgehobener Bedeutung, dies sichtbar zu machen, liegt im intrinsischen Interesse aller Bürger und Institutionen im Bezirk Pankow. Mit Hilfe von öffentlichen Veranstaltungen wird medial und in der Gesellschaft deutlich dargestellt, welchen Stellenwert dieses wichtige Thema im bevölkerungsreichsten Berliner Bezirk hat; gleichermaßen wird die Bedeutung der Familie hervorgehoben. Die positive Bedeutung der vergangenen Veranstaltungen für das Thema und die Gesellschaft wird durch den Antragsteller und das Bezirksamt gleichermaßen geteilt, siehe Beantwortung der dazugehörigen kleinen Anfrage (kA-0021/IX).



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0045

Antrag

Fraktion der FDP

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der FDP
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Neue Fläche für Kleingärten in Pankow**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, die Umwidmung der Grünfläche im Südosten des Ortsteils Stadtrandsiedlung Malchow (Malchower Chaussee / Darßer Straße) als Fläche für Kleingärten durchzuführen und den Pankower Bürgern anschließend zur Verfügung zu stellen.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der FDP,
 Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Nachfrage nach Garten- und Erholungsflächen ist im Bezirk hoch. Die angebotenen Parzellen reichen absehbar nicht aus um den Bedarf zu decken. Moderne Bewirtschaftungsformen des Urban Gardening setzen die Traditionen der Schrebergärten in ihrer Urform auf eine Weise fort, welche nicht immer mit der Ausrichtung der aktuellen Kleingartenanlagen harmoniert. Für neue Angebote bedarf es darum Flächen zur Entfaltung dieser Ideen und Perspektiven mit anderen Anbaumethoden in anderen Rechtsverhältnissen. Die vorgeschlagene Fläche ist hervorragend durch mehrere Buslinien des ÖPNV an die Ortsteile im Bezirk angebunden. Das unterstützt Konzepte von autoarmer Freizeitgestaltung. Durch die Baumaßnahmen im Ortsteil Blankenburg fallen voraussichtlich mehrere Grundstücke aus der Nutzung als Kleingarten heraus. Dafür sind ortsnahe Alternativen nötig, die durch den Vorschlag gesichert und umgesetzt werden können.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-oo66

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Entwicklung des Botanischen Volksparks sichern – Kooperation mit der Grün Berlin GmbH fortsetzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

- den Vertrag mit der Grün Berlin GmbH zur Bewirtschaftung des Botanischen Volksparks um ein Jahr bis Ende 2022 zu verlängern, um in dieser Zeit den langfristig gesicherten Betrieb und die Umsetzung des durch die Grün Berlin GmbH entwickelten und mit dem Beirat für den Botanischen Volkspark abgestimmten Entwicklungskonzepts vertraglich abzusichern. Rechtliche Bedenken hinsichtlich der Bewirtschaftung des Botanischen Volksparks durch die Grün Berlin GmbH im Jahr 2022 sollen erneut geprüft und im Interesse der Verhandlungen über die langfristige Entwicklung des Volksparks ausgeräumt werden.
- im Laufe des Jahres 2022 mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz über ggf. zusätzlich erforderliche Landeshaushaltsmittel zur Unterhaltung des Botanischen Volksparks zu verhandeln. Darüber hinaus sollen die zur Umsetzung des Entwicklungskonzepts und aufgrund der wachsenden gesamtstädtischen Bedeutung des Botanischen Volksparks zusätzlich erforderlichen Investitionsmittel – insbesondere wegen des Aspekts der Umwelt- und Klimaschutzbildung – ebenfalls aus dem Landeshaushalt gesichert werden.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
BV Tharan, BV Wettig, BV Drewitz, BV Heuke, BV Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der Bezirk Pankow hat die Bewirtschaftung des Botanischen Volksparks 2009 an die Grün Berlin GmbH übergeben, weil er selbst nicht in der Lage war, diesen zu bewirtschaften und weiterzuentwickeln, sowie eine Entlastung des Bezirkshaushalts angestrebt wurde.

Seitdem hat der Bezirk jährlich Haushaltsmittel in Höhe von 300 T€ an die Grün Berlin GmbH übergeben. Laut Grün Berlin GmbH ist diese Summe nicht ausreichend, um die Baulichkeiten zu sanieren und die Anlage entsprechend der aktuellen Erfordernisse, z.B. der gewachsenen öffentlichen Nutzung, zu bewirtschaften. Die Bewirtschaftung des Volksparks ist 2022 noch zu den bisherigen Bedingungen, d.h. ohne zusätzliche Mittel aus dem Bezirkshaushalt, möglich. Dieses Verhandlungsfenster sollte im Interesse des Botanischen Volksparks und seiner Weiterentwicklung genutzt werden.

Da dem Botanischen Volkspark eine über den Bezirk hinausgehende Bedeutung zukommt, sind für die Weiterentwicklung des Botanischen Volkspark zu einem überörtlich bedeutsamen Lern- und Erholungsort auch Investitionsmittel aus dem Landeshaushalt erforderlich. 2022 soll dafür genutzt werden, Verhandlungen mit der Landesebene zu führen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0060

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Briefkasten für das Bezirksamt und die BVV Pankow sichern**Die BVV möge beschließen:**

Die BVV möge beschließen:

Die BVV Pankow ersucht das Bezirksamt, den Briefkasten am Eingang Prenzlauer Allee des BA-Standortes Fröbelstraße auszutauschen oder nachzurüsten, damit dort eingeworfene Post nicht mehr durch Unbefugte herausgenommen werden kann.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Am Wahltag 26.9.2021 wurden viele Wähler*innen mit vorher verschickten Briefwahlunterlagen in den Wahlbüros wegen Überlastung zur Stimmabgabe in die Fröbelstr. geschickt. Dort war gegen 17 Uhr das Wahlbüro nicht besetzt und die Wähler*innen dazu aufgerufen, ihre Wahlumschläge in den Briefkasten des Bezirksamtes am Eingang Prenzlauer Allee einzuwerfen. Engagierte Bürger*innen riefen die Polizei zur Sicherung des Briefkastens bis zur regulären Leerung, denn die eingeworfenen Wahlumschläge konnten einfach aus dem Kasten entnommen werden.

Dies ist nicht hinnehmbar. Auch andere an das Bezirksamt und die BVV gerichtete Post muss sicher in den Postkasten eingeworfen können – ohne dass Unbefugte die Schreiben eigenmächtig und ohne Aufwand entnehmen können. Deshalb muss der Postkasten entsprechend umgerüstet oder – falls unmöglich – ein neuer Briefkasten angebracht werden.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0059

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Koordinierung statt Enttäuschung - Überprüfung der Einschulungsbereiche

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht

1. die Einschulungsbereiche der Pankower Grundschulen engmaschiger und mindesten jährlich zu überprüfen und anzupassen.
2. sich beim Neuzuschnitt der Einschulungsbereiche an den Ergebnissen der jeweiligen Schulplatzzuweisung des Vorjahres sowie an der jeweiligen städtebaulichen Entwicklung vor Ort zu orientieren.
3. Den zuständigen Ausschuss für Schule und Sport jeweils im ersten Halbjahr über den Neuzuschnitt der Einschulungsbereiche zu informieren.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Katja Ahrens und Max Meisgeier, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der Mangel an Schulplätzen im Bezirk Pankow ist groß und kann erst nach und nach durch die Fertigstellung der geplanten Schulneubau- und Sanierungsmaßnahmen abgebaut werden. Gleichzeitig steigt der Druck auf Grundschulen, deren Schulplätze nach dem Wohnortprinzip vergeben werden, durch die fortwährende Verdichtung im Bezirk. Zum Schuljahr 2021/2022 kam es dadurch seit längerem wieder zu Zwangsumlenkungen an Pankower Grundschulen, sodass Grundschülerinnen und Grundschüler nicht die Schulplätze an den Grundschulen ihres Einzugsbereiches erhielten, sondern anderen Schulen zugewiesen wurden.

Solche Zwangsumlenkungen erschweren den Schuleintritt der Lernanfängerinnen und Lernanfänger. In Familien wird der Schulbeginn frühzeitig durch Gespräche, Austausch mit Nachbarn und Besuchen der künftigen Schule vorbereitet. Dies dient dazu, den Lernanfängerinnen und Lernanfängern den Eintritt in ihr Schulleben zu erleichtern und ist besonders für Kinder, die sehr ängstlich oder zurückhaltend sind, elementar für einen guten Übergang. Alle diese Vorarbeiten der Familien werden durch eine Zwangsumlenkung bedeutungslos und beeinflussen den Eintritt in das Schulleben der Kinder unter Umständen nachhaltig. Sie führen in den Familien zu Unverständnis – teilweise mit der Folge, dass Gerichtsverfahren angestrengt werden. Dies alles belastet den Schulstart und das Verhältnis zur Schule nachhaltig.

Es ergeben sich weitere Konsequenzen, die die Schulen unmittelbar belasten. So wenden sich Eltern, deren Schulanmeldung mit der Ankündigung einer Zwangsumlenkung versehen wird, immer zunächst an die jeweilige Schule, in der Hoffnung noch einen Platz erhalten zu können. Dies sorgt in den jeweiligen Schulen für einen sehr hohen Beratungsaufwand und bindet Kräfte, die zur Unterrichtsgestaltung und -entwicklung dringend erforderlich wären.

Schließlich verhindern Zwangsumlenkungen, dass die Klassenfrequenzen in den ersten Klassen sich einander annähern. Durch das bisherige Vorgehen des Schulamtes sind die Klassenbelegungen an „ubernachgefragten“ Grundschulen teilweise höher als von der Grundschulverordnung des Landes Berlin vorgesehen. Den Schülerinnen und Schülern der Schulanfangsphase (SAPH) wird dadurch ein Ausdehnen der Schulanfangsphase auf drei Schuljahre erschwert bzw. nicht mehr ermöglicht. Gemäß § 20 (3) Schulgesetz für das Land Berlin (SchulG), haben Schülerinnen und Schüler allerdings das Recht „auf Antrag der Erziehungsberechtigten (§ 59 Abs. 5) ein zusätzliches Schuljahr in der Schulanfangsphase [zu] verbleiben“. Die zum Teil stark erhöhte Klassenbelegung macht dies aber schon räumlich unmöglich. Dem entgegen stehen Nachbarschulen, die zwar im Falle einer Zwangsumlenkung weitere Schülerinnen und Schüler aufnehmen können, deren Klassenbelegung aber dennoch deutlich niedriger ist als bei „ubernachgefragten Grundschulen“.

Trotz dieser negativen Folgen will die Bezirksverwaltung an ihrer Verwaltungspraxis festhalten.

Durch die geforderte vorrausschauende und flexible Veränderung der Einschulungsbereiche könnte der Bezirk Zwangsumlenkungen einschließlich der mit ihnen verbundenen Nachteile für die Lernenden und die Schule vermeiden. Durch die bedarfsgerechte Anpassung der Einschulungsbereiche ließe sich außerdem Ungleichheit zu Lasten der „ubernachgefragten Grundschulen“ minimieren. Dadurch würden alle Grundschulen die Möglichkeit erhalten, sich mit ihren Schülerinnen und Schülern gemeinsam zu entwickeln.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0073

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Villa vor Schönholz für den Bezirk sichern**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird im Zusammenhang mit dem „Städtebaulichen Rahmenplan Straße vor Schönholz“ (Drucksache IX-0017) ersucht zu prüfen, ob ein Fachbedarf für die Nutzung des Grundstückes Straße vor Schönholz 23 besteht. Nach Vorliegen des Prüfergebnisses ist dies auch in der AG Clusterung auf die Tagesordnung zu setzen.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Fraktion der CDU

Lars Bocian, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Villa vor Schönholz, das Grundstück ist vor vielen Jahren der Republik Sambia zugefallen. Seitdem verfällt das Gründerzeitgebäude ungenutzt und wird von den Pankowern inzwischen als Schandfleck von Schönholz bezeichnet.

In Zeiten, wo Wohnraum, öffentliche Gebäude und auch Büroflächen des Bezirksamts rar sind, ist es nicht hinnehmbar, ein solch großes Gebäude in Pankow ungenutzt zu lassen. Dazu kommt der architektonische Wert für den Bezirk Pankow und die lange und bewegte Geschichte des Hauses. Dies sind alle Gründe um zu prüfen, wie die Villa vor Schönholz wieder in das Bezirksvermögen geholt werden kann. Daher soll im ersten Schritt eine Prüfung durch das Bezirksamt erfolgen, welcher Fachbereich auf das Gebäude einen Fachbedarf anmelden würde.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0043

Antrag

Fraktion der FDP

Ursprung:

Antrag, Fraktion der FDP

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Marianne-Wünscher-Platz in Pankow**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, den bislang unbenannten Kreuzungsbereich Berliner Straße / Granitzstraße / Kissingenstraße als Platz nach der Pankower Schauspielerin Marianne Wünscher in „Marianne-Wünscher-Platz“ zu benennen.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der FDP
 Oliver Simon

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Marianne Wünscher war eine der bekanntesten Berliner Schauspielerinnen. In Berlin geboren lebte sie Jahrzehnte über im Stadtbezirk Pankow und ist auch im Bezirk beerdigt. Durch ihr jahrzehntelanges Engagement an der Berliner Volksbühne, in Spielfilmen der DEFA, und Produktionen des DDR-Fernsehens und Rundfunks gehört sie zu den herausragenden Persönlichkeiten der Kultur in der Bezirksgeschichte. Der Kreuzungsbereich soll im Rahmen der Baumaßnahmen am „Pankower Tor“ in einen Stadtplatz umgestaltet werden. Durch die breiten Gehwege und den Straßenschnitt gibt es bereits heute einen entsprechenden Charakter, der durch eine entsprechende Benennung auch gewürdigt werden soll.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0070

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Umbenennung der Robert-Rössle-Straße**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, die Umbenennung der Robert-Rössle-Straße in Berlin-Buch vorzunehmen. Das Bezirksamt wird weiterhin ersucht, auf die Eigentümer:innen der gleichnamigen Privatstraße zuzugehen mit dem Ziel, hier ebenfalls eine Umbenennung zu erreichen. Im Verfahren der Umbenennung sind die Anwohnerinnen und Anwohner sowie der für Kultur zuständige Ausschuss (siehe auch Drs. VI-1032) zu beteiligen. Der neue Name soll an eine Frau erinnern, die sich um die Medizin verdient gemacht hat.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Dr. Oliver Jütting

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Robert Rössle war durch sein Eintreten für Eugenik aktiver Wegbereiter des Nationalsozialismus. Die Gedanken der Eugenik führten letztendlich zum Euthanasieprogramm der Nationalsozialisten und zur sogenannten „Rassenhygiene“, also den Verboten von Ehe und Geschlechtsverkehr zwischen Personen (vermeintlich) unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit. In einem Lehrbuch forderte Robert Rössle die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ (zitiert nach der Anhörung von Ute Linz im Ausschuss für Kultur und Weiterbildung am 20. Mai 2021).

Die vergleichende pathologische Forschung Robert Rössles wurde erst durch den Nationalsozialismus und die damit einhergehende hohe Anzahl von Suiziden aus Verzweiflung möglich. Robert Rössle seziierte für seine über 8.000 Menschen, die in ihre Sektion nicht eingewilligt hatten. Diese Menschen gegen ihren Willen zu Objekten machende Forschung gewinnt noch dadurch an Grausamkeit, als dass die seziierten Personen häufig jüdischen Glaubens waren und somit die Unversehrtheit des Leichnams bei der Bestattung für sie ein hohes Gut war.

Alles in allem liegen die Voraussetzungen für eine Umbenennung der Straße nach der AV Benennung vor.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0063

Antrag

Linksfraktion

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen:

Betreff: Free Open Air Spaces – Pilotprojekt verstetigen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, das erfolgreiche Modellprojekt „Free Open Air-Spaces“ in Pankow zu verstetigen und zusammen mit der Clubcommission, der IHK und der Senatsverwaltung für Kultur eine dauerhafte Nutzung für Open-Air Veranstaltungen unbürokratisch zu ermöglichen.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Linksfraktion

gez. BV Maximilian Schirmer, BV Matthias Zarbock

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der Bezirk Pankow hat bereits 12 Open-Air Projekte in verschiedenster Nutzung in Pankow umgesetzt und ausprobiert (siehe Drucksache VIII-1246). Das Ergebnis war sehr positiv und wurde als willkommene Möglichkeit wahrgenommen, kulturelle Nutzung auf Freiflächen unkompliziert und unbürokratisch zu ermöglichen. Nicht erst seit Corona ist der Bedarf für Kultur im Freien groß und die Nutzungskonflikte nehmen zu. Es ist daher unablässig, dass Freiflächen der Kultur zur Verfügung gestellt werden, damit andere Flächen entlastet und Anwohnende geschont werden.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0049

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

**Betreff: Erste Schritte zur Wohnumfeldverbesserung im Sanierungsgebiet
 Langhansstraße**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

zur Behebung der komplexen verkehrlichen Problemlagen im neuen Sanierungsgebiet Langhansstraße (u.a. ortsfremde Durchgangsverkehre, Defizite beim Radverkehr), die Empfehlungen und Maßnahmenvorschläge aus der Voruntersuchung zur Verbesserung der Verkehrsorganisation aufzugreifen und in einem ersten Schritt im Bereich des Knotenpunkts Langhansstr./Heinersdorfer Str./Jacobsohnstr. die Verkehrsführung umzugestalten.

Hierzu soll das Bezirksamt:

- die Jacobsohnstraße in nordöstlicher Richtung zur Charlottenburger Str. hin als Einbahnstraße einrichten und ggfls. ergänzend hierzu eine einseitige Änderung der Parkordnung in Senkrechtaufstellung vornehmen,
- die Heinersdorfer Str. zwischen Caligariplatz und Am Steinberg als Fahrradstraße einrichten,
- die Versiegelung im großzügig und vollständig asphaltierten Kreuzungsbereich Heinersdorfer Str./Jacobsohnstr. auf das für den Verkehrsfluss notwendige Maß zu begrenzen und im Übrigen einen Rückbau vornehmen, um eine Begrünung und die Schaffung von Versickerungsflächen zur Verbesserung des Stadtklimas und des Regenwassermanagements zu schaffen.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

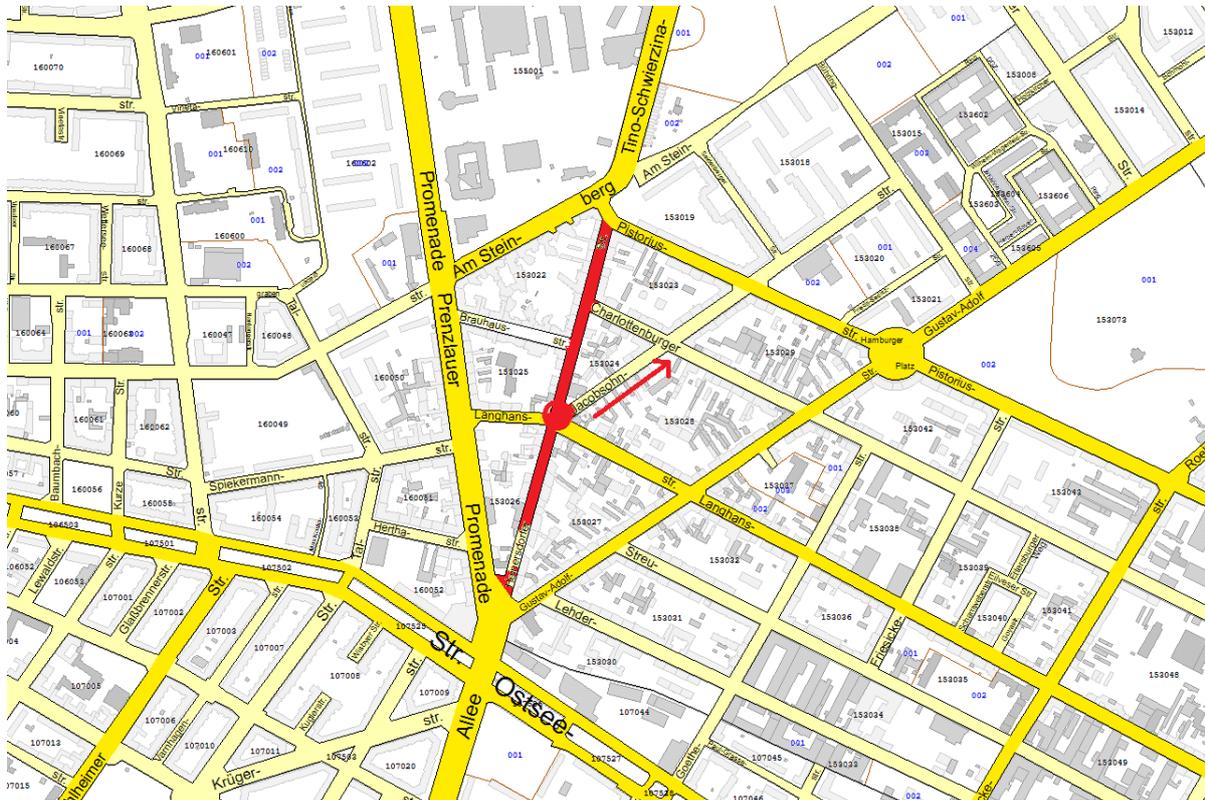
Begründung:

Der Senat von Berlin hat am 14.12.2021 beschlossen, dass Gebiet Langhansstraße als Sanierungsgebiet festzulegen. Der Beschluss resultiert aus dem Ergebnis der vorbereitenden Untersuchung, die im Oktober 2019 für das Gebiet in Auftrag gegeben wurde. Die Analyse des Untersuchungsgebiets ergab u. a. „eine hohe Verkehrs- und Lärmbelastigung durch ortsfremde Durchgangsverkehre und kaum sichere Radwege“. Daher sollen im Sanierungsgebiet die Leitlinien der Untersuchung umgesetzt werden, die im Handlungsfeld - Verkehr und Mobilität, öffentlicher Raum - vorsehen, den öffentlichen Raum (Straßen und Plätze) neu aufzuteilen, Durchgangsverkehre zu reduzieren, die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu erhöhen und zu entwickeln, die Verkehrssicherheit im öffentlichen Raum zu erhöhen, Verkehrslärm weitestgehend zu reduzieren und nachhaltige Mobilitätsformen zu stärken und zu ausbauen.

Mit der Umsetzung der Maßnahmenvorschläge und Umbau des im nord-westlichen Bereich des Sanierungsgebiets zentralen Knotenpunktes Langhansstr./Heinersdorfer Str./Jacobsohnstr. kann mit geringem Ressourcenaufwand ein erster wichtiger Schritt hierfür getan werden, der positive Auswirkungen auf das gesamte Sanierungsgebiet haben würde.

Die Heinersdorfer Straße und die Jacobsohnstraße werden als vielbefahrene Umgehung der Prenzlauer Promenade genutzt, dabei sind gerade hier in den letzten Jahren durch diverse Baugruppen etc. verstärkt Wohnungen errichtet worden mit dem entsprechenden Zuwachs an Bewohner:innen. In Umsetzung des Sanierungskonzepts werden an der Jacobsohnstr. 6 sowie Charlottenburger Str. 75 Spielplätze errichtet, entsprechende Vorkaufsrechte wurden vom Bezirk geltend gemacht. Die positive Annahme der temporären Spielstraße in diesem unterversorgten Bereich hat zudem gezeigt, dass diese Entwicklung nur mit einer entsprechenden Verkehrsberuhigung einhergehen kann.

Die Anordnung einer Einbahnstraße in entgegengesetzter Richtung würde diesen Durchgangsverkehr in der Jacobsohnstraße wirksam unterbinden und einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit und -beruhigung leisten. Zur Unterbindung dann möglicher überhöhter Geschwindigkeiten im Einrichtungsverkehr in dieser Tempo-30-Zone ist, soweit erforderlich, die Änderung der Parkordnung zur Verringerung der Durchfahrtsbreite als Ergänzung zu prüfen.



Quelle: Geoportal Berlin, vom Einreicher geändert

In der Heinersdorfer Str. kommt es zudem infolge ihres guten und breiten Ausbaus häufig zu Geschwindigkeitsüberschreitungen. Im Berliner Radverkehrsnetz ist die Heinersdorfer Str. im Ergänzungsnetz enthalten, mithin zur Ausweisung als Fahrradstr. prädestiniert und wäre geeignet, den Fahrradverkehr in Richtung Blankenburg und Heinersdorf abseits der vielbefahrenen Prenzlauer Promenade abzuwickeln. Die Fahrradstraße kann gemäß § 45 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 9 Satz 1 StVO aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs und gemäß § 45 Abs. 1b Nr. 5 StVO zur Umsetzung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung angeordnet werden und ließe sich mit einfachen Mitteln, nach straßenverkehrsbehördlicher Anordnung und Aufstellung der Verkehrszeichen durch das SGA mit vergleichsweise geringem Kostenaufwand, in kurzer Zeit realisieren. Denn nach § 45 Absatz 1b Satz 1 Nummer 5 StVO trifft die Straßenverkehrsbehörde auch die notwendigen Anordnungen zur Unterstützung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung. Das für eine solche Anordnung erforderliche Verkehrskonzept liegt mit dem überzeugenden, integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept für das Sanierungsgebiet Langhansstraße sowie mit dem Berliner Radverkehrsnetzplan nach dem Berliner Mobilitätsgesetz (MobG Bln) bereits vor. Der Knotenpunkt Langhansstr./Heinersdorfer Str./Jacobsohnstr. selbst ist weitflächig asphaltiert, dennoch kommt es hier aufgrund fehlender Spurmarkierungen häufig zu gefährlichen Situationen im Begegnungsverkehr, die infolge der weiträumigen Sichtbeziehungen durch Geschwindigkeitsüberschreitungen noch verstärkt werden. Komplementär zur Anordnung der Einbahnstraße und Einrichtung der Fahrradstraße, wäre hingegen nunmehr ein Rückbau durch Entsiegelung eines größeren Teils dieser überaus unattraktiven Verkehrsfläche möglich. Im Mobilitätsgesetz ist der Vorrang des Umweltverbundes festgeschrieben. Entsprechend sollte der Rückbau als Gelegenheit genutzt werden, um diese Fläche mit dem Ziel einer weiteren Verkehrsberuhigung und Aufwertung des Umfeldes umzugestalten. Zugleich böte sich hier eine Gelegenheit, gemäß § 8 Abs. 3 MobG Bln den Bestand an Bäumen, Sträuchern und Grünflächen und nicht versiegelter Flächen auszuweiten, s. a. BVV-Beschluss VIII-1214 „Entsiegelungskonzept für Pankow“ v. 20.01.2021. Eine Begrünung und die Schaffung von Versickerungsflächen auf dieser Fläche wäre auch ein Beitrag zur Verbesserung des Regenwassermanagements und des Stadtklimas.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0065

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Sportplatz- und Hallenzeiten online einsehen und buchen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, eine Online-Plattform einzurichten und zu pflegen, um freie Zeiten in den Pankower Sportflächen und Sporthallen – auch temporär – einzusehen und durch Vereine und sonstige Gruppen nutzbar zu machen. Hierfür ist zudem ein Verfahren zu entwickeln, nach dem die jeweiligen (temporären) Nutzer der Halle bestimmte Regeln für die Nutzung (Sauberkeit der Umkleieräume, ordentliche Verräumung der Sportgeräte, etc.) zur Kenntnis erhalten und ggf. auch bestätigen müssen. Die Problematik der Schlüsselübergabe ist vom Bezirksamt zu klären. Geben Vereine ihre Zeiten temporär, beispielsweise für einige Wochen, frei, wird diesen zugesichert, dass sie diese dadurch nicht dauerhaft verlieren.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,
 Dr. Eva Scharfenberg, Denise Bittner
 und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Unsere Sportvereine sind eine wichtige Säule der Gesellschaft und tragende Stütze des Breitensports. Sportvereine brauchen Hallenzeiten, Sportgruppen ebenso. Um den Zugang zu freien Hallenzeiten zu ermöglichen, ist es erforderlich, dass über deren Verfügbarkeit tagesaktuelle Transparenz herrscht. Dies soll mit einer Plattform ermöglicht werden, auf welcher nicht nur freie Hallenzeiten durch verantwortliche Personen eintragbar sind, sondern auch deren Verfügbarkeit durch Gruppen oder Vereine gebucht werden können.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0069

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Verteilung von FFP2-Masken durch das Ordnungsamt**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, die Verteilung von FFP2-Masken bei pandemiebezogenen Kontrollen durch das Ordnungsamt zu organisieren. Die Mitarbeiter*innen des Ordnungsamts sollen bei Kontrollen im ÖPNV und an öffentlichen Orten, wo eine Maskenpflicht besteht, die Möglichkeit haben, bei Bedarf FFP2-Masken an einzelne zu verteilen. Dabei sollte auch ein Informationsflyer zu den Ausgabestellen für kostenlose Masken im Rathaus Pankow und im Rathaus Weißensee ausgegeben werden.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Menschen im Leistungsbezug oder mit geringem Einkommen können sich kostenlos Masken an den Ausgabestellen im Rathaus Pankow und im Rathaus Weißensee holen. Wie das Bezirksamt in Bezug auf die Drucksache VIII-1427 im Ausschuss SoSeArW berichtete, wird diese Möglichkeit jedoch wenig genutzt. Darum erscheint es sinnvoll, die Masken zu den Menschen zu bringen und zugleich über die Ausgabestellen zu informieren.

Dies kann zielgerichtet bei Corona-bedingten Kontrollen geschehen. Im ÖPNV und an öffentlichen Orten, wo Maskenpflicht besteht, tragen viele Menschen keine ausreichend vor Infektionen schützenden Masken; einige wenige tragen gar keine. Gerade medizinische Masken schützen nur bei einmaliger Benutzung, FFP2-Masken können nur begrenzt und bei richtiger Auslüftung wiederverwendet werden. Vielen im ÖPNV und anderswo getragenen Masken sieht man an, dass sie nicht mehr frisch sind. Es kann angenommen werden, dass zumindest einige der Träger*innen sich den Kauf frischer Masken nicht so regelmäßig leisten können, wie es notwendig wäre.

Die Verteilung durch das Ordnungsamt dient zusätzlich der höheren Akzeptanz von Kontrollen. Bei pandemiebedingten Kontrollen sind die Ordnungskräfte mit aggressiven Reaktionen konfrontiert. Dies rührt nicht immer von einer grundsätzlichen Verweigerungshaltung gegenüber pandemiebedingten Maßnahmen. Viele Menschen sind entnervt oder verzweifelt, weil ihnen die Organisation des Alltags zunehmend schwerfällt. Die Verteilung von frischen Masken an Menschen, die sie benötigen, würde die Stimmung allgemein bei solchen Kontrollen heben und das Zeichen senden, dass der Staat nicht nur maßregelt, sondern die Bürger*innen unterstützt.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0054

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

**Betreff: Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf/Familie für Bezirksverordnete
gewährleisten**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

sicherzustellen, dass Sitzungen von Gremien, in denen Bezirksverordnete Mitglied sind oder deren Teilnahme erforderlich ist, an Arbeitstagen nicht vor 17.00 Uhr beginnen.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Neben der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und den Ausschusssitzungen der BVV nehmen Bezirksverordnete (BV) ihr Mandat auch als Mitglieder in weiteren Beiräten, Kommissionen und Ausschüssen wahr. Dieses ehrenamtliche Engagement erfolgt zusätzlich zu deren beruflichen und familiären Verpflichtungen und während ihrer Freizeit.

Bisweilen kollidiert diese Sachlage mit dem nachvollziehbaren Anliegen der Mitarbeiter:innen des Bezirksamts bzgl. einer geregelten Arbeitszeit und muss mit den Anforderungen des Ehrenamts in Einklang gebracht werden.

Frühere Terminierungen tangieren jedoch in unzulässiger Weise das freie Wahlrecht der BV und der BVV, könnte die BVV doch lediglich BV entsenden, denen eine nachmittägliche Teilnahme möglich ist, interessierten fachkundigen BV hingegen bliebe eine mandatsgerechte Wahrnehmung verwehrt, können sie ihre regelmäßige Teilnahme nicht gewährleisten.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0057

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Wochenmarkt wiederbeleben – Zentrum Niederschönhausen aufwerten**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht,

auf der Mittelpromenade Waldstr./Hermann-Hesse-Str. die Voraussetzungen zur Wiedereinrichtung eines Wochenmarktes zu schaffen und das Zentrum Niederschönhausen als Begegnungsort mit erheblich verbesserter Aufenthaltsqualität auszugestalten.

Hierfür soll das Bezirksamt, soweit für eine Marktnutzung erforderlich, die unbefestigte Fläche der Mittelpromenade mit Großsteinpflaster versehen und die Wiedereinrichtung des Wochenmarktes bei den aktuellen Planungsaktivitäten zur Einrichtung von Fahrradstraßen in der Waldstraße und dem Güllweg berücksichtigen. Entsprechende Planungsvarianten sind im Rahmen der derzeitigen Vorplanung zwischen dem Straßen- und Grünflächenamt (SGA) und der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher, - und Klimaschutz abzustimmen.

Flankierend zu diesen Maßnahmen soll die auf der gegenüberliegenden Seite gelegene Grünanlage Hermann-Hesse-Str./Güllweg umgestaltet und mit einem Kleinkindspielplatz, einer Boule-Anlage und Sitzbänken ausgestattet werden.

Im Rahmen der Umgestaltung wäre dann auch eine Benennung dieses bislang namenlosen Rasenstücks gerechtfertigt.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Katja, Ahrens, Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Kiezrunde Niederschönhausen hat im Auftrag und in Kooperation mit dem Bezirksamt eine Umfrage durchgeführt, in dessen Ergebnis sich 96% der befragten Einwohner:innen und 86% der umliegenden Handel- und Gewerbetreibenden eine Wiedereinrichtung des früheren Wochenmarktes an seinem angestammten Platz auf der Mittelpromenade der Waldstraße, auch als kulturellen Treff und Begegnungsort, wünschten. Auf der für einen Wochenmarkt und Begegnungsort ideal gelegenen Mittelpromenade ist bereits heute eine Strom- und Wasserversorgung vorhanden, desgleichen eine öffentliche Toilette. Mit der Grünen Liga e.V. stünde zudem ein versierter und erfahrener Marktbetreiber zur Verfügung.

Dennoch lehnte das Bezirksamt in 2017 und erneut in 2021 die Genehmigung eines Wochenmarktes u. a. mit der merkwürdigen Begründung ab, für einen Wochenmarkt und Begegnungsort bestünde in der Region kein Bedarf. Einzig ernstzunehmender Ablehnungsgrund ist jedoch ein derzeit nicht möglicher Verkauf und Verzehr von Lebensmitteln, der lt. den Hygieneanforderungen des Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamtes aufgrund der unbefestigten Fläche nicht genehmigungsfähig ist. Dem soll mit dem vorliegenden Antrag abgeholfen werden.

Laut Zentrenkonzept soll das Nahversorgungs-/Ortsteilzentrum Niederschönhausen eine höhere Aufenthaltsqualität bekommen. Waldstraße, Güllweg und Stille Straße werden zudem laut aktueller Planungen zur Umfahrung des Schlossparks als Fahrradstraßen eingerichtet und der Güllweg hierzu asphaltiert. Daher könnte hier, mit vergleichsweise geringem Aufwand bei einem ohnehin erforderlichen Umbau, mit einem Wochenmarkt ein zentraler Begegnungsort entstehen und damit die gewünschte Aufwertung erzielt werden. Zugleich böte sich hier eine Gelegenheit, den Bereich zwischen Pastor-Niemöller-Platz und Ossietzkyplatz zu einem Zentrum Niederschönhausens auszugestalten, das sich hervorragend mit der beabsichtigten Schaffung von Radverkehrsanlagen zwischen Grabbeallee und Blankenburger Straße und der Knotenpunktgestaltung Hermann-Hesse-Straße/Waldstraße/Güllweg ergänzen würde.

Darüber hinaus sind Fahrradstraßen gemäß § 44 Abs. 2 Mobilitätsgesetz Berlin (MobG Bln) ohnehin so zu gestalten, „dass motorisierter Individualverkehr, außer Ziel- und Quellverkehr, im jeweiligen Straßenabschnitt unterbleibt“. Erfahrungsgemäß sind einfache verkehrsbehördliche Anordnungen hierzu nicht ausreichend und werden vielfach vom MIV ignoriert, wie aktuell in der Fahrradstraße Stargarder Straße eindrucksvoll zu beobachten ist. Daher wäre die Einrichtung eines Wochenmarktes, flankierend zu den Radverkehrsanlagen und Fahrradstraßen, auch geeignet, komplementär zu den anderen Maßnahmen eine entsprechende Verkehrslenkung und -beruhigung zu erreichen, siehe § 56 Abs. 1 MobG Bln.



Quelle: Geoportal Berlin

Zusammen mit dem Wochenmarkt auf der Mittelpromenade, der Umgestaltung des Verkehrsknoten Hermann-Hesse-Str./Güllweg und der aufgewerteten Grünanlage am Güllweg, besteht hier ein großes Potential zur Schaffung eines lebendigen Ortes und allerbeste Voraussetzungen für ein echtes Zentrum in Niederschönhausen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0072

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Be- und Entlade-Zonen für den Winskiez**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, wo in der Chodowieckistraße, Jablonskistraße, Marienburger Straße und der Immanuelkirchstraße Parkverbote mit Zusatzzeichen „Be- und Entladen frei“ in der Zeit zwischen 7 Uhr und 19 Uhr als Liefer- und Ladezonen auszuweisen sind.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Fraktion der CDU

Jörn Pasternack, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die o.g. Straßen weisen eine so geringe Fahrbahnbreite auf, dass Begegnungsverkehre nicht möglich sind. Das Halten auf der Fahrbahn ist somit nahezu unmöglich bzw. führt zu massiven Beeinträchtigungen des fließenden Verkehrs. Gleichzeitig ist es auch aufgrund der angespannten Stellplatzsituation im näheren und weiteren Umfeld nunmehr kaum noch möglich, dort einen PKW-Einstellplatz zu finden. Für Anwohner und kleine Gewerbe ist es jedoch notwendig, dass sie Warenanlieferungen ordnungsgemäß durchführen können.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0067

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Das Landschaftsschutzgebiet Schönholzer Heide und Bürgerpark vor Schäden durch Parken und Befahren schützen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, in Ergänzung des BVV-Beschlusses VII-1374 die Flächen im sowie anliegende unbefestigte Randstreifen und Verkehrsinseln am "Landschaftsschutzgebiet ehemaliger Mauerstreifen, Schönholzer Heide und Bürgerpark" (LSG-52) zu schützen und zu begrünen.

Dafür soll das Bezirksamt außerhalb der als Straßen gewidmeten Verkehrswege verbotswidrig genutzte Flächen baulich gegen Parken oder Befahren sichern. Insbesondere das verbotswidrige Parken oder Befahren durch LKW und/oder für eine gewerbliche Nutzung ist wirksam zu verhindern und konsequent zu ahnden sowie der Ausgleich für entstandene Schäden einzufordern.

Die vor Schaden gesicherten unbefestigten Flächen sollen naturnah aufgewertet werden, um dem Schutzzweck des LSG zu entsprechen sowie zur Umsetzung der von Pankow unterzeichneten Deklaration „Kommunen für biologische Vielfalt“ beizutragen.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Axel Lüssow

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Im BVV-Beschluss VIII-1456 wurde das Bezirksamt ersucht, das wilde Parken an und in den Straßen der Natur- und Landschaftsschutzgebiete im Pankower Norden konsequent zu ahnden. Jedoch gibt es auch im Herzen Pankows ein Landschaftsschutzgebiet, das vom "Nassen Dreieck" bis nach Wilhelmsruh reicht.

Im BVV-Beschluss VII-1374 wurde das Bezirksamt ersucht, das verbotswidrige Abstellen von Kraftfahrzeugen im Bereich Wilhelm-Kuhr-Straße/Schulzestraße bis Am Bürgerpark/Leonhard-Frank-Straße wirksam zu unterbinden. Der Beschluss geht jedoch noch nicht auf eine Aufwertung der „Grün“-Streifen oder Verkehrsinseln ein, und diese Straßen stellen nur einen Teil der Flächen am und im LSG dar. Dass eine bauliche Sicherung möglich ist belegen die Metallbügel direkt an den neu gepflanzten Bäumen am Bürgerpark sowie die Steinblöcke an der Herrmann-Hesse-Straße gegenüber dem Paul-Zobel-Sportplatz, die die ehemalige Holzbarriere ersetzen.

Die Flächen von Landschaftsschutzgebieten genießen eine besonders hohe Schutzwürdigkeit. Der Schutzzweck ist lt. § 3 der Schutzgebietsverordnung vom 3.12.2010 u.a. die „Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Bodens“ sowie die „Erhaltung der Wirkung als Biotopverbund und Artenreservoir für wildlebende Tier- und Pflanzenarten“.

Nach § 6 ist es insbesondere verboten, „die Bodendecke zu beschädigen, zu verfestigen oder zu versiegeln“, „das Gebiet mit Abfällen einschließlich Gartenabfällen, Abwasser, Chemikalien oder ähnlichen Fremdstoffen zu verunreinigen“.

Nach § 7 der Schutzgebietsverordnung bedarf es der Genehmigung, außerhalb der als Straßen gewidmeten Verkehrswege oder außerhalb der jeweils besonders gekennzeichneten Wege mit durch Motorkraft angetriebenen Fahrzeugen, außer Krankenfahrstühlen, zu fahren oder zu parken. Das Befahren ist nach § 8 nur generell erlaubt, wenn es zur ordnungsgemäßen Unterhaltung oder zur Abwehr oder Beseitigung von Gefahren erforderlich ist.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0046

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Gertrud-Classen-Platz zur Kiez-Oase entwickeln**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht,

direkt im Anschluss an die Bauarbeiten der Berliner Wasserbetriebe (BWB), die Ende 2022 anstehende Wiederherstellung des Gertrud-Classen-Platzes im Kreuzungsbereich Erich-Weinert-Str./Hosemannstr. zu nutzen, um diesen Dreiecksplatz im Sinne des § 4 Abs. 3 bis 5 Berliner Mobilitätsgesetzes (MobG Bln) zu einem Stadtplatz mit erheblich verbesserter Aufenthaltsqualität und Verkehrsberuhigung umzugestalten, sowie mit nichtversiegelten und zusätzlich entsiegelten Versickerungsflächen mit mehr Stadtgrün aufzuwerten.

Hierzu soll das Bezirksamt:

1. zeitnah, im 1. Quartal 2022, durch das Straßen- und Grünflächenamt und dem Fachbereich Stadterneuerung die Anwohner:innen und Interessierten zu einer Planungswerkstatt einladen und entsprechende Möglichkeiten der Umgestaltung des Gertrud-Classen-Platzes im Zuge der anstehenden Erneuerungsmaßnahmen erarbeiten,
2. für das Teilstück der Naugarder Straße am Gertrud-Classen-Platz (Hausnr. 15-17) eine Teileinziehung und Widmungsbeschränkung für den Fuß- und Radverkehr aussprechen,
3. im Vorgriff auf die geplante Einrichtung der Erich-Weinert-Straße als Fahrradstraße, auf deren Teilstück zwischen Hosemannstraße und Naugarder Straße einen Modalfilter errichten,
4. für die unter 2. und 3. benannten Maßnahmen die notwendigen verkehrsplanerischen Untersuchungen, Verkehrszählungen sowie die gemäß § 4 Berliner Straßengesetz erforderlichen Anhörungen der Straßenverkehrsbehörde durchführen.

Flankierend zu diesen Maßnahmen ist das Wohngebiet um die Wohnstadt Carl Legien, zwischen Prenzlauer Allee, Ostseestraße, Greifswalder Straße und Grelstraße gelegen, in die von Bezirksamt und BVV erarbeitete Liste der einzurichtenden Kiezblocks aufzunehmen und in deren Rangfolge entsprechend einzuordnen.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

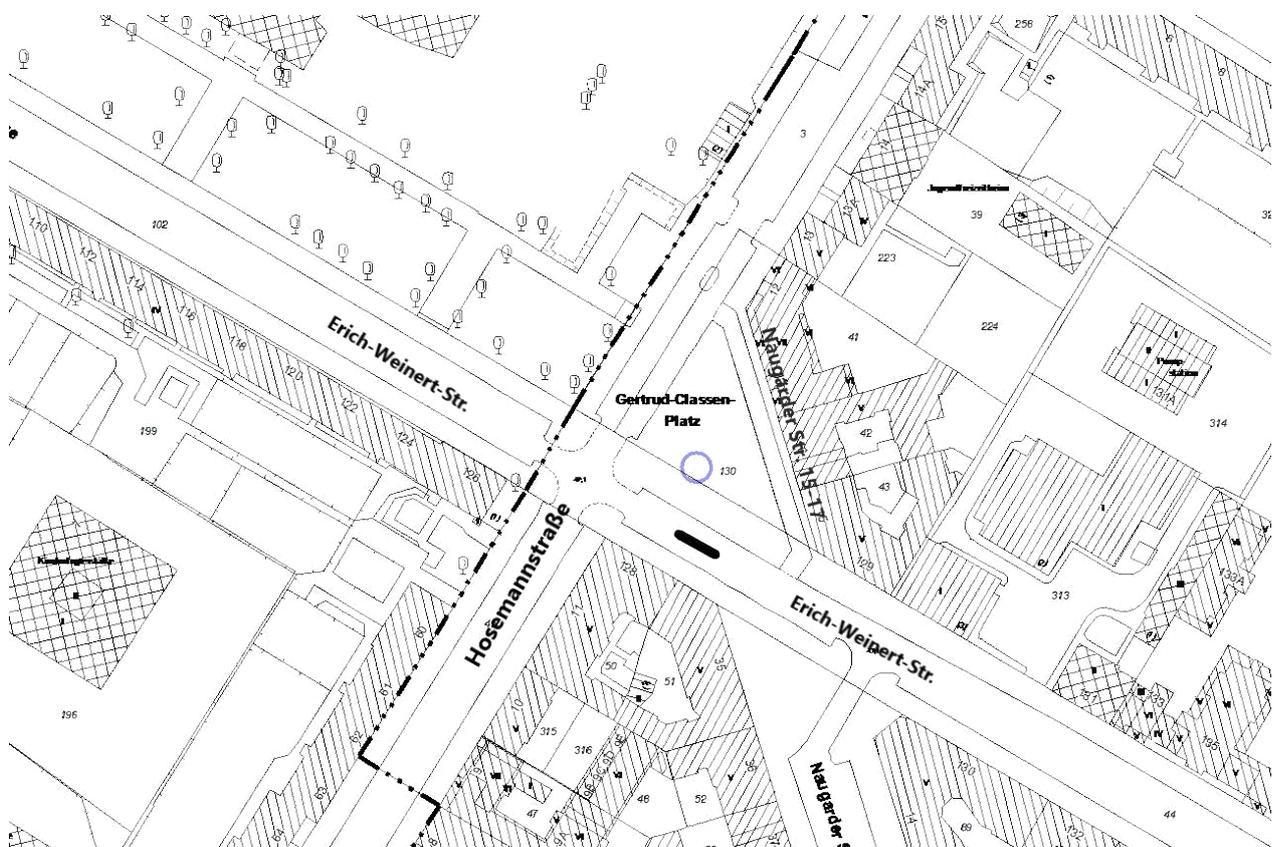
_____	einstimmig
_____	mehrheitlich
_____	Ja-Stimmen
_____	Gegenstimmen
_____	Enthaltungen

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

federführend

Begründung:

Seit 2019 führen die BWB in der Erich-Weinert-Straße umfassende Tiefbauarbeiten durch und haben hierzu den ebenfalls in 2019 nach der Widerstandskämpferin Gertrud Classen benannten Dreiecksplatz zur Baustelleneinrichtung genutzt. Durch die Baustelleneinrichtung und die Vollsperrung der Erich-Weinert-Straße ist eine Verkehrsberuhigung eingetreten, welche die Anwohner:innen nicht mehr missen möchten. Gravierende Auswirkungen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) hingegen sind nicht zu verzeichnen, obwohl die Erich-Weinert-Straße (wie auch die Hosemannstraße) als Umgehung der umliegenden Hauptverkehrsstraßen und Lichtsignalanlagen genutzt wurden. Nutznießer hingegen waren insbesondere auch die in der näheren Umgebung befindlichen drei Kindertagesstätten, mehrere Spielplätze, das Jugendzentrum Medienzentrum Pankow, die Staatliche Ballettschule und Schule für Artistik Berlin sowie das Altenpflegeheim Alloheim.



Quelle: Geoportal Berlin, Entwicklungsbereiche und Stand ihrer Entlassung aus dem Entwicklungsrecht, vom Einreicher geändert

Mit dem Mobilitätsgesetz hat Berlin als erstes deutsches Bundesland den Vorrang des Umweltverbundes aus öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV), Fuß- und Radverkehr gesetzlich festgeschrieben. Entsprechend § 50 Abs. 8 MobG Bln sollte der Rückbau der Baustelle als Gelegenheit genutzt werden, um diesen Platz gemäß den Zielen des § 4 Abs. 3 bis 5 MobG Bln umzugestalten. Zusammen mit der Einrichtung eines Kiezblocks könnte hier mit vergleichsweise geringem Aufwand ein zentraler Platz in einem verkehrsberuhigten Wohngebiet entstehen. Zugleich böte sich hier eine Gelegenheit, gemäß § 8 Abs. 3 MobG Bln den Bestand an Bäumen, Sträuchern und Grünflächen und nicht versiegelter Flächen auszuweiten, s. a. BVV-Beschluss VIII-1214 „Entsiegelungskonzept für Pankow“ v. 20.01.2021.

Die derzeit erfolgende Einführung der Parkraumbewirtschaftung und dadurch zu erwartender Entspannung auf den Flächen des ruhenden Verkehrs, sorgt gemeinsam mit einer Teileinziehung der an den Gertrud-Classen-Platz angrenzenden Naugarder Straße für einen weiteren Zugewinn an Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität. Die derzeit regelmäßig unter Verstoß gegen § 12 StVO dort rechtswidrig parkenden 4-5 Pkw überfahren häufig den ausschließlich Fußgänger:innen vorbehaltenen Bürgersteig. Darüber hinaus wäre eine Begrünung und die Schaffung von Versickerungsflächen auf dem Gertrud-Classen-Platz und dem angrenzenden Teilstück der Naugarder Straße ein Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas und des Regenwassermanagements und stünde im Einklang mit den Beschlüssen der BVV.

Die Erich-Weinert-Straße ist Bestandteil der Tangentialroute (TR2) „Nordspange“, einer Fahrradroute, die von Jungfernheide nach Alt-Hohenschönhausen führt, die Einrichtung als Fahrradstraße ist für ca. 2022/23 vorgesehen. Die Aufrechterhaltung einer teilweisen Sperrung der Erich-Weinert-Straße für den MIV wäre direkt im Anschluss an die derzeitige Vollsperrung einfach zu bewerkstelligen. Fahrradstraßen sind nach § 44 Abs. 2 MobG Bln so zu gestalten, „dass motorisierter Individualverkehr, außer Ziel- und Quellverkehr, im jeweiligen Straßenabschnitt unterbleibt“. Erfahrungsgemäß sind einfache verkehrsbehördliche Anordnungen hierzu nicht ausreichend und werden vielfach vom MIV ignoriert (siehe die ergänzend zur Fahrradstraße Ossietzkystraße erforderliche Einrichtung eines Modalfilters am Majakowskiring, BVV-Beschluss VIII-1483 v. 05.05.2021). Daher ist auch hier lediglich ein Modalfilter geeignet, um eine entsprechende Verkehrslenkung und -beruhigung zu erreichen, siehe § 56 Abs. 1 MobG Bln. Eine Teileinziehung wäre auch gemäß § 4 Abs. Satz 3 und 4 BerlStrG zulässig, dient sie doch dem öffentlichen Wohl und dem Ziel der Verkehrsberuhigung.

Um zu verhindern, dass durch eine Verkehrsberuhigung am Knotenpunkt Erich-Weinert-Straße/Hosemannstraße, der Durchgangsverkehr in die Nebenstraßen in diesem Wohngebiet verdrängt wird und somit lediglich eine Problemverlagerung stattfindet, ist als ergänzende Maßnahme die Einrichtung eines Kiezblocks erforderlich.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0075

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

**Betreff: Einen für Radfahrer geeigneten Belag über die Heinersdorfer Brücke
 herstellen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich dafür einzusetzen, dass der auf der westlichen Seite der Heinersdorfer Brücke vorhandene Geh- und Radfahrweg einen geeigneten, für Fahrräder gefahrlos zu befahrenden Belag erhält.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,
 Lars Bocian, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Rampe auf der südwestlichen Seite und die Überwegung auf der Brücke weist einen löchrigen, und sehr unebenen Altbelag aus Beton aus. Diese wird stark frequentiert, da sie die direkte Verbindung zur Innenstadt und den Radwegen auf der Prenzlauer Promenade darstellt. Mit dem Rad, aber auch als Fußgänger, gibt es hier akute Sturzgefahr. Auf der Rampe fehlt ein Sicherungsgeländer zum Fließverkehr von der Autobahn. Selbst ein einfacher Asphaltbelag, ähnlich einer Baustraße, würde hier schon Abhilfe schaffen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0052

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Machbarkeitsstudie für eine Parkraumbewirtschaftung im Vineta-Kiez

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

zur Vorbereitung der möglichen Einführung einer Parkraumbewirtschaftung (PRB) im Gebiet des Vineta-Kiez, zwischen Wisbyer Str., Berliner Str., Granitzstr. und Prenzlauer Promenade gelegen, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen und bis zum Ende des Jahres 2022 im Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung vorzustellen.

Die Machbarkeitsstudie soll neben der aktuellen Auslastung des Parkraums auch dessen dauerhafte Inanspruchnahme durch gebietsfremde Langzeitparker:innen, insbesondere durch Wohnmobile u. a. Campingfahrzeuge, sowie die Auswirkungen und Wechselbeziehungen einer Parkraumbewirtschaftung auf die angrenzenden Gebiete Tiroler Viertel und Humannplatz (Parkzone 45) umfassen.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Im Vineta-Kiez (bisweilen auch als Thule-Kiez oder Kissingen-Viertel bezeichnet) ist nach übereinstimmenden Angaben von Anwohner:innen, eine verstärkte Auslastung des Parkraumangebotes, u. a. durch ein langfristiges Abstellen von Wohnmobilen und Campingfahrzeugen, zu verzeichnen. Bereits der VzK zur Drs. VII-0113 vom 14.01.2015 ist zu entnehmen, dass nach Einführung der PRB in der Parkzone 45 im Jahre 2013 infolge eines Verdrängungseffekts die Anzahl der geparkten Fahrzeuge in dem angrenzenden Vineta-Kiez zugenommen und zu einer höheren Auslastung beigetragen hat. Auch durch den anstehenden Umbau der Neumannstraße und der damit einhergehenden Verknappung des Parkraumangebotes ist eine Zunahme des Parkdrucks zu erwarten.

Eine Machbarkeitsstudie nebst Wirkungsanalyse würde die erforderliche Datengrundlage liefern, ob zwischenzeitlich eine weitere Zunahme des Belegungsgrades zu verzeichnen und nunmehr ein Handlungsbedarf festzustellen ist.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0074

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Ein Echtzeit-Portal von Pankow nach Kolberg!**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, umgehend die polnische Partnerstadt Kolberg mit dem Ziel zu kontaktieren, sich gemeinsam um die Förderung der Europäischen Union aus dem Programm „Bürger, Gleichheit, Rechte und Werte!“ (Citizens, Equality, Rights and Values Programme „CERV“) unter der ID CERV-CITIZENS-2022-TOWN für die Förderperiode 2021-2027 zu bewerben. Gegenstand der Bewerbung soll die Errichtung eines Portals sein, mit der sich die Bewohner und Besucher der Partnerstädte in Echtzeit sehen können.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Fraktion der CDU
 David Paul, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die europäischen Werte, Errungenschaften und Völkerfreundschaften zu leben, sorgen u. a. für ein stabiles Fundament der Europäischen Union. Die europäische Staatengemeinschaft ist ein Erfolgsrezept und sorgt für Frieden, Freiheit und wirtschaftlichen Erfolg. Nach dem Vorbild Vilnius' und Lublins' soll dafür an einem zentralen Standort ein Portal geschaffen werden, womit sich die Bewohner und Besucher der jeweiligen Städtepartner in Echtzeit sehen bzw. begegnen können und die Gemeinschaft noch stärker zum Leben erweckt wird¹. Damit wird das Bewusstsein für den Reichtum des kulturellen Umfelds in Europa geschärft. Des Weiteren wird der europäische Integrationsprozess auf der Grundlage der Solidarität unterstützt und das Gemeinschaftsgefühl gestärkt. Das Förderprogramm „CERV“ umfasst 1,55 Milliarden Euro, wobei unter dem Titel CERV-CITIZENS-2022-TOWN² 11 Millionen Euro eingestellt sind. Die Beantragungsfrist begann bereits am 16. November 2021 und läuft noch bis zum 24. März 2022.

¹ <https://www.lrt.lt/en/news-in-english/19/1420564/vilnius-opens-portal-to-other-cities>

² <http://www.kontaktstelle-cerv.de/aufrufe/staedtepartnerschaften-23>



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-oo68

Antrag

Fraktionen SPD und CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktionen SPD und CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

**Betreff: Erfolgreiches Berichtswesen zu Schulbauoffensive,
 Schulentwicklungsplanung und Sportentwicklungsplanung fortsetzen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, der BVV Pankow von Berlin halbjährlich über den aktuellen Stand der Schulbauoffensive (und ggf. Nachfolgeprojekten) und den Stand der Umsetzung des Sportentwicklungsplans zu berichten. In beiden Fällen sind die Einzelmaßnahmen, mit ursprünglicher Planung, aktuellem Stand und anvisierter Fertigstellung aufzuführen. Ferner berichtet das Bezirksamt einmal pro Jahr zum aktuellen Stand der Schulentwicklungsplanung. Alle Berichte sind im Ausschuss für Schule und Sport vorzustellen und zu beraten.

Berlin, den 04.01.2021

Einreicher: Fraktionen SPD und CDU,
 SPD-Fraktion Pankow, Maximilian Meisgeier, Katja Ahrens, Roland Schröder
 Denise Bittner, Daniel Hauer und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der Ausschuss für Schule, Sport und Gesundheit hat in der vergangenen Wahlperiode sehr gute Erfahrungen mit einem umfassenden Berichtswesen zur Schulbauoffensive, Schulentwicklungsplanung und Sportentwicklungsplanung gemacht. Alle drei Planungs- und Baukonzepte werden sehr regelmäßig aktualisiert und bedürfen auch besonderer bezirklicher Anstrengungen zur Umsetzung. Darum ist es für die Bezirksverordneten umso wichtiger, dass das umfassende Berichtswesen dazu fortgesetzt wird.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0079

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Verkehrssicherheit für Radfahrer auf der Danziger Straße

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich an die zuständigen Stellen zu wenden um notwendige Maßnahmen prüfen und ergreifen zu lassen, die die Verkehrssicherheit für Radfahrer an der Kreuzung Danziger Straße/Winsstraße erhöhen. Dabei soll insbesondere eine Fahrradampel mit separater Schaltung für den grünen Radstreifen auf der Südseite der Danziger Straße (Fahrtrichtung Ost) geprüft werden, um so eine zeitliche Trennung des Kraftfahrzeug- und Fahrradverkehrs vorzunehmen.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Fraktion der CDU
 Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Danziger Straße ist in östlicher Fahrtrichtung zwischen Prenzlauer Allee und Danziger Straße abschüssig und kann daher von Radfahrern mit recht hoher Geschwindigkeit befahren werden. Dadurch kann es an der Kreuzung Danziger Straße/Winsstraße zu gefährlichen Situationen kommen. Das größere Risiko an dieser Stelle besteht demnach nicht für die an der Ampel wartenden Radfahrer beim Wechsel von rot nach grün, sondern für die bei grüner Ampel schnell herabfahrenden Radfahrer. Denn an dieser Stelle sind - aufgrund der Abschüssigkeit der Straße - vor allem in der Dunkelheit oder wenn die Sonne tief steht, die Sichtverhältnisse für Autofahrer besonders schlecht.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0058

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der SPD
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Saubere Spielfläche für die Grundschule unter den Bäumen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht

Wege zu prüfen, um den Sand auf dem Spielplatz der Grundschule unter den Bäumen zu reinigen bzw. zu erneuern und diese Maßnahme umzusetzen.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Katja Ahrens, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der Spielsand auf dem Spielplatz der Grundschule unter den Bäumen befindet sich seit mehr als 20 Jahren auf der Anlage. Seit inzwischen mehr als 4 Jahren bemüht sich die Schulgemeinschaft in Abstimmung mit dem Straßen- und Grünflächenamt (SGA) um den Sandaustausch. Inzwischen ist der Sand stark verschmutzt und wenig einladend.

Bisher wurde das Anliegen der Schule immer wieder abgelehnt. Als Begründung für die Ablehnung benennt das SGA die diversen an der Straße stehende Pappeln, die mit ihren Wurzeln weit in die Sandfläche hineinreichen. Der einzige Lösungsweg, der bisher von SGA benannt wurde, wäre die Fällung vorbenannter Pappeln, um eine Sandreinigung bzw. einen Austausch des Sandes zu ermöglichen. Hier gilt es alternative Lösungswege zu finden.

Um den Schülerinnen und Schülern wieder ein einladendes Umfeld für die Pausengestaltung zu schaffen, sollte der Sand möglichst zeitnah ausgetauscht werden.





Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0078

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Informationsmaterialien des Bezirksamtes bereits vor der Vorstellung in den Ausschüssen an die Bezirksverordneten digital versenden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht darauf hinzuwirken, dass die vom Bezirksamt für Ausschüsse erstellten Präsentationen, Berichte und sonstige Unterlagen bereits vor der Ausschusssitzung an die Bezirksverordneten digital versendet werden. Des Weiteren sollen vom Bezirksamt beauftragte Gutachter, Planer und Auftragnehmer ihre Informationsmaterialien fristgerecht vor der Ausschusssitzung dem Bezirksamt zur Verfügung stellen. Das Bezirksamt kann diese dann ebenfalls vor der Ausschusssitzung an die Bezirksverordneten digital versenden.

Berlin, den 05.01.2022

Einreicher: Fraktion der CDU

Jörn Pasternack, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Bezirksverordneten benötigen die in der Ausschusssitzung vorgestellten Informationen im Vorfeld, damit sie sich bestmöglich auf die zu behandelnden Sachverhalte in der Ausschusssitzung vorbereiten können.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0056

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der SPD
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Verkehrssicherheit an der Kreuzung Trelleborger Str. / Schonensche Str. herstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

im Kreuzungsbereich Schonensche Str./Trelleborger Str. Gehwegvorstreckungen zu errichten bzw. abzumarkieren und mit Pollern oder Fahrradbügeln zu versehen.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Mit diesem Antrag soll im Vorgriff und in teilweiser Umsetzung des recht allgemein und umfassend gehaltenen BVV-Beschlusses VIII-0257 „Verkehrssicherheit im Thule-Viertel“ vom 18.10.2017 nunmehr ein erster, wichtiger und dringend erforderlicher Schritt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit erfolgen. Die Trelleborger Str. und Schonensche Str. werden überaus stark vom Durchgangsverkehr zur Umgehung der Lichtsignalanlage an der Kreuzung der Hauptverkehrsstraßen Wisbyer Str. und Schönhauser Allee genutzt. Erleichtert und geradezu eingeladen wird der Durchgangsverkehr zudem durch den an der Kreuzung Trelleborger Str./ Schonensche Str. aufgeweiteten Straßenraum, obwohl direkt an dieser Kreuzung die Kita LittleMunchkins angrenzt. Die sehr gute Einsehbarkeit der großzügig ausgestalteten Kreuzung lädt zudem zu überhöhter Geschwindigkeit ein.

Bei dieser Straßenkreuzung handelt es sich um den Bereich, in dem Anwohner:innen kürzlich medial wirksam zur Selbsthilfe durch Aufbringung eigener Abmarkierungen griffen, weil sich das Bezirksamt seit mittlerweile vier Jahren nicht in der Lage sieht, BVV-Beschlüsse zur Gewährleistung/Schaffung zwingend erforderlicher verkehrssichernder Maßnahmen umzusetzen. Soweit das Bezirksamt berechtigterweise das alleinige Handlungsprimat für sich reklamiert, muss es dieses jedoch auch ausfüllen, andernfalls schwindet das Vertrauen und die Akzeptanz gegenüber der Verkehrsverwaltung und werden weitere anarchistische Aktionen provoziert.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0055

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der SPD
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

**Betreff: Umleitungsverkehr der Tram-Linie M1 während der Erneuerung des
 Ingenieurbauwerks Schönhauer Allee optimieren**

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen,

die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) als Vorhabenträger für eine Neugestaltung und Erweiterung der Tramknotenpunkte Stahlheimer Str./Wisbyer Str. und Wisbyer Str./Schönhauer Allee zu gewinnen und bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher und Klimaschutz (SenUMVK) darauf hinzuwirken, ein entsprechendes Planfeststellungsverfahren durchzuführen.

Planfestgestellt werden sollen:

- der Einbau zusätzlicher Bogengleise am Tramknotenpunkt Stahlheimer Str. /Wisbyer Str. in westlicher Richtung,
- alternativ der Einbau einer Weichenanlage in der Wisbyer Straße auf dem Streckenabschnitt zwischen Stahlheimer Straße und Gudvanger Straße

und komplementär hierzu:

- der Einbau zusätzlicher Bogengleise am Tramknotenpunkt Wisbyer Str./Schönhauer Allee in nördlicher Richtung,
- alternativ der Einbau eines Bogengleises am Tramknotenpunkt Wisbyer Str./Schönhauer Allee und einer Weichenanlage in der Schönhauer Allee im Bereich Berliner Straße und Mühlenstraße.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Sanierung bzw. der Neubau der Brückenkonstruktion Schönhauser Allee soll nach derzeitigem Stand ab 2024 erfolgen und voraussichtlich mindestens sechs Jahre andauern. Während dieser anspruchsvollen Arbeiten sind umfangreiche, langandauernde und sich immer wieder ändernde Umleitungen bzw. Ersatzverkehre für die Tram-Linie M1 notwendig. Hier drängt sich eine Umleitung der Tram-Linie M1 ab U-Bhf. Eberswalder Straße über Pappelallee – Stahlheimer Straße – Wisbyer Straße und ab der Berliner Allee wieder auf deren Stammstrecke geradezu auf, allerdings fehlen die hierzu erforderlichen Bogengleise an den Tramknotenpunkten Stahlheimer Str./Wisbyer Straße in westlicher Richtung und Wisbyer Str./Schönhauser Allee in nördlicher Richtung.

Mit diesem Streckenverlauf würde nicht nur der gesamte, östlich der Schönhauser Allee gelegene Bereich, während der Bauarbeiten von der Tram-Linie M1 weiterhin bedient werden, es wären auch deutlich weniger Ersatzverkehre erforderlich, umfangreiche Ersatzplanungen mit provisorischen Gleisen, stumpfen Endstellen oder wechselnder Eingleisigkeit während der Bauarbeiten könnten entfallen. Zudem wären nicht nur aufgrund der langandauernden Bauarbeiten die vorgeschlagenen beiden Bogenlösungen im aktuellen Streckenverlauf lohnend, auch nach Abschluss der Bauarbeiten in der Schönhauser Allee würde der BVG ein flexibleres Streckennetz zur Verfügung stehen, um zukünftige Umleitungsverkehre oder neue Linienführungen passgenauer gestalten zu können.

Sofern der Einbau der Bogengleise am Knotenpunkt Stahlheimer Str. zu aufwendig ist, böte sich als Alternativlösung der Einbau einer Weichenanlage in der Wisbyer Str. an, da die auf der Tramlinie M1 eingesetzten Niederflur-Straßenbahnwagen vom Typ Flexity Berlin ohnehin als Zweirichtungswagen ausgelegt sind. Auch am Knotenpunkt Berliner Straße müsste lediglich ein Bogengleis realisiert werden, wenn die Tram-Züge mittels einer Weichenanlage im Bereich des U-Bahnhofs Vinetastraße wieder auf ihr angestammtes Richtungsgleis verschwenkt werden können.

Die Kapazitäten der Stromversorgung im Bereich Pappelallee/Stahlheimer Str. würden zwar stärker belastet, die Maßnahmen wären jedoch nach einer ersten Einschätzung seitens der BVG umsetzbar.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0061

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der SPD
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Mehr als nur ein Tropfen - Regenwasserzisterne für den Blankensteinpark

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

gemeinsam mit dem Verein Kunst & Gemüse e.V., der Eigentümerin der denkmalgeschützten, ehemaligen Hammelställe an der Eldenaer Straße (Flurstücke 3022, 3066 und 3067) und den Berliner Wasserbetrieben (BWB), das auf der Dachfläche eines der ehemaligen Hammelställe gesammelte Wasser unterirdisch in die Grünanlage zu leiten und dort in einer Regenwasserzisterne zu speichern.

In die Planung des unter einer Feuerwehrezufahrt durchführenden Rohrverlaufes ist das Tiefbauamt mit einzubeziehen.

Berlin, den 04.01.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,
 Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

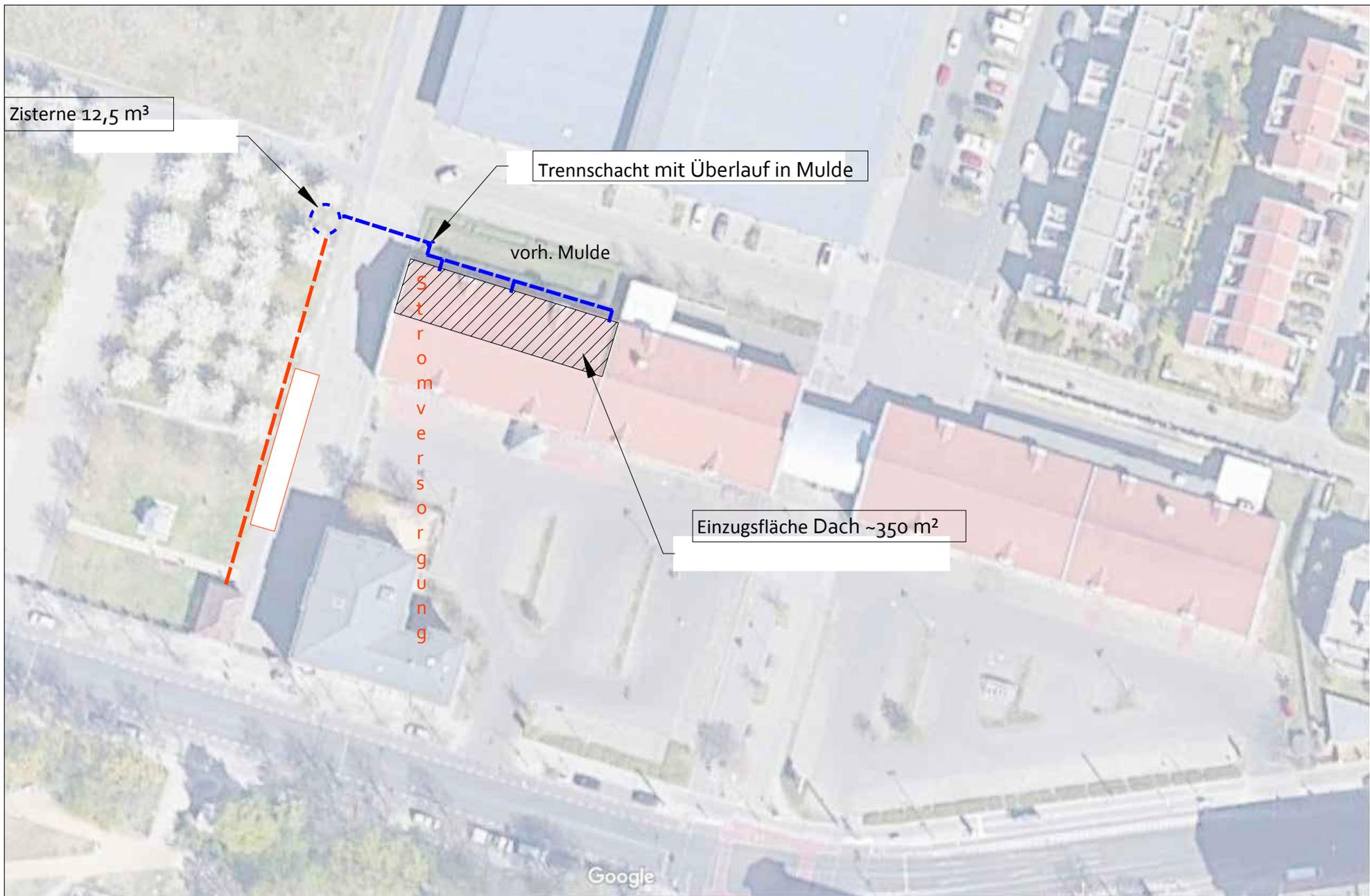
_____ überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Mit dem vorliegenden Antrag soll ein Beitrag zur Umsetzung realer Klimaschutz- Maßnahmen im Bezirk Pankow geleistet werden. In Berlin und Brandenburg sind Moor- und Feuchtgebiete zunehmend durch den steigenden Wasserbedarf Berlins bedroht. Im Berliner Stadtgebiet wächst gleichzeitig durch die zunehmende Versiegelung bei Starkregen das Risiko für innerstädtische Sturzfluten, die Kanalisation stößt mancherorts bereits heute an Ihre Kapazitätsgrenze. Die Grünflächen in Berlin hingegen leiden unter immer stärkerer Hitze und längeren Trockenzeiten. Das Konzept der Schwammstadt ist ein Ansatz, beide Probleme gleichzeitig zu lösen. Das Regenwasser wird in der Stadt belassen, das Wasser steht den dortigen Pflanzen zur Verfügung und verbessert so über die Verdunstung das Mikroklima der Stadt.

Das von den Dächern aufgefangene Regenwasser soll für die Bewässerung des Gemeinschaftsgartens, der Bäume und der Hochbeete verwendet werden. Der derzeitige Wasserverbrauch beläuft sich im Hochsommer auf 100-150 Liter täglich, der Wasserspeicher sollte daher nicht kleiner als 4 m³ sein. Die Berliner Wasserbetriebe unterstützen das Projekt, die Eigentümerin des o.g. Gebäudes, die CM Realty GmbH für die ARGO Properties N.V., hat sich bereits bereit erklärt, im Rahmen ihrer Initiative „Eldenaer 4 Zero“ die notwendigen Baumaßnahmen zu finanzieren (siehe a. Planungsskizze des auf innovative Wasserkonzepte spezialisierten Pankower Ingenieurbüros Nolde & Partner).

Nachdem der Bezirk Pankow bereits bei der Ausrufung des Klimanotstandes vorangegangen ist, bietet sich hier eine weitere Gelegenheit, eine Vorreiterrolle für realen Klimaschutz zu übernehmen.



Zisterne 12,5 m³

Trennschacht mit Überlauf in Mulde

vorh. Mulde

Einzugsfläche Dach ~350 m²

St
r
o
m
v
e
r
s
o
r
g
u
n
g

Google



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

VIII-0720

Vorlage zur Kenntnisnahme § 13
BezVG /SB
 Bezirksamt

Ursprung:
 Antrag, Fraktion der CDU
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

16.01.2019	BVV	BVV/021/VIII	überwiesen
31.01.2019	VerkOrd	VerkOrd/042/VIII	vertagt
21.02.2019	VerkOrd	VerkOrd/043/VIII	mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
27.03.2019	BVV	BVV/023/VIII	ohne Änderungen in der BVV beschlossen
14.08.2019	BVV	BVV/025/VIII	mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen
12.01.2022	BVV	BVV/003/IX	

Betreff: Bienen schützen – Prävention, Information und Behandlung vor Tötung

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

Siehe Anlage

Berlin, den 03.01.2022

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Bezirksamt Pankow von Berlin

2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.: VIII-0720

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

Schlussbericht

Bienen schützen – Prävention, Information und Behandlung vor Tötung

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung der in der 23. Sitzung am 27.03.2019 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VIII-0720

„Dem Bezirksamt Pankow von Berlin wird zum Schutz der Bienenvölker empfohlen, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung für folgende Punkte einzusetzen:

1. ein verbindliches, abgestimmtes, berlinweites Konzept zur Bekämpfung der amerikanischen Faulbrut,
2. einheitliche Durchführungsbestimmungen zur Bienenseuchenverordnung, unter Berücksichtigung der „*Leitlinie zur Bekämpfung der Amerikanischen Faulbrut der Bienen in Deutschland*“ des BMEL,
3. ein koordiniertes Monitoring für die Amerikanische Faulbrut durch die Veterinär- und Lebensmittelaufsichten,
4. den transparenten Umgang mit der Amerikanischen Faulbrut durch und mit geschulten Bienenseuchensachverständigen unter Aufsicht der Veterinäraufsicht.

Bis zum Vorliegen einer berlinweiten Regelung wird das Bezirksamt zudem ersucht, die (bereits mehrfach erfolgte) präventive Tötung von nicht befallenen Bienenvölkern nicht weiter vorzunehmen.“

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Die Veterinär- und Lebensmittelüberwachung hat die entsprechenden Punkte zeitnah an die zuständige Senatsverwaltung weitergeleitet. Durchführungsbestimmungen sind bis dato nicht erlassen worden und werden nach hiesiger Einschätzung auch nicht mehr erlassen werden, da zwischenzeitlich mehr als 2,5 Jahre vergangen sind. Außerdem strebt der Bund nach hiesigen Erkenntnissen eine Überarbeitung der Bienseuchenverordnung an. Des Weiteren hat die Veterinär- und Lebensmittelüberwachung alle bisherigen diesbezüglich anhängigen Gerichtsverfahren selbst in der 2. Instanz gewonnen, was beweist, dass die Entscheidungen rechtmäßig ergangen sind. Andere Entscheidungen hätten tierseuchenrechtlich auch nicht ergehen dürfen.

Wir bitten die Drucksache als erledigt zu betrachten.

Haushaltmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Manuela Anders-Granitzki
Bezirksstadträtin für Ordnung und
Öffentlicher Raum



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

VIII-0844

Vorlage zur Kenntnisnahme § 13
BezVG /ZB
 Bezirksamt

Ursprung:
 Antrag, Linksfraktion
 Mitzeichnungen: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

15.05.2019	BVV	BVV/024/VIII	überwiesen
06.08.2019	KJHA	KJHA/045/VIII	mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
11.09.2019	BVV	BVV/026/VIII	ohne Änderungen in der BVV beschlossen
04.12.2019	BVV	BVV/028/VIII	mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen
04.03.2020	BVV	BVV/030/VIII	mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen
13.05.2020	BVV	BVV/032/VIII	mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen
30.09.2020	BVV	BVV/035/VIII	mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen
11.11.2020	BVV	BVV/036/VIII	mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen
20.01.2021	BVV	BVV/038/VIII	mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen
24.03.2021	BVV	BVV/040/VIII	mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen
01.09.2021	BVV	BVV/043/VIII	mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen
12.01.2022	BVV	BVV/003/IX	

Betreff: Entwicklung von Formaten der Kinder- und Jugendbeteiligung

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

Siehe Anlage

Berlin, den 03.12.2021

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Bezirksamt Pankow von Berlin

.11.2021

An die
BezirksverordnetenversammlungIn Erledigung der
Drucksache-Nr.: 0844/2021

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

9. Zwischenbericht

Entwicklung von Formaten der Kinder- und Jugendbeteiligung

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung des in der 26. Sitzung am 11.09.2019 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache-Nr.: VIII-0844/2019 „Das Bezirksamt wird ersucht, im Rahmen des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes, gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen in Pankow Beteiligungsformate zu entwickeln. Bei der Erarbeitung der Beteiligungsformate soll das Bezirksamt folgende Akteure mit einbeziehen:

- *Bezirksschüler*innenausschuss*
- *Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen*
- *Kindertagesstätten*
- *Kinder- und Jugendhilfeausschuss*

Darüber hinaus soll das Bezirksamt eine Offensive für eine breite Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Pankow starten. Diese Offensive soll bewirken, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche einbezogen werden, die in den oben genannten Strukturen nicht ausreichend vertreten sind (z. B. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen / Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund). Das Ergebnis dieser Arbeit soll öffentlichkeitswirksam vorgestellt werden. Darüber hinaus soll das Bezirksamt ein Konzept zur Umsetzung dieser Drucksache entwickeln. Dieses Konzept ist dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss bis Januar 2020 vorzulegen.“

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Aktuelle Ergebnisse:

1. Sachstand Beteiligung junger Menschen an der Erstellung von Jugendförderplänen, § 43a Abs. 5 AG KJHG
Die Beteiligungsstelle plant inhaltlich derzeit die Umsetzung der im Jugendförderplan gesetzten Ziele und Maßnahmen.
2. Prozess der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kinder- und Jugendarbeit in Pankow
Die Jugendjury Pankow führte am 25. September 2021 die dritte und somit letzte Sitzung

durch. Insgesamt wurden in diesem Jahr 16.500 € an 24 Projekte von Kindern und Jugendlichen vergeben. Die inhaltliche Ausrichtung der Projekte ist vielfältig und breit gefächert, ebenso die Altersspanne der Teilnehmenden. Am 19. Oktober 2021 wurde das Projektjahr gemeinsam mit dem Projektteam und der Beteiligungsstelle ausgewertet und zeitgleich mit den ersten Planungen für das Jahr 2022 begonnen.

Der Bezirksschüler*innenausschuss (BSA) hat sich am 08. Oktober 2021 neu konstituiert. Die Stelle für Kinder- und Jugendbeteiligung/politische Bildung ist im engen Austausch mit dem BSA und als Gast in den Sitzungen vertreten. Auch die konstituierende Sitzung wurde gemeinsam mit dem BSA 2020/2021 und dem zuständigen Mitarbeitenden im Schul- und Sportamt vorbereitet.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Spielplatzplanungen:

Seit August 2021 wurden Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der zwei nachstehend aufgeführten Spielplätzen beteiligt:

- *Wilhelm-Wolff-Straße in Niederschönhausen (Spielgeräteaustausch) sowie*
- *Stille Straße in Niederschönhausen (Spielplatzneubau)*

Das Jugendamt stimmt sich hier eng mit dem Straßen- und Grünflächenamt (SGA) und ggf. dem zuständigen Planungsbüro ab.

Des Weiteren sind aktuell Kinder- und Jugendbeteiligungsverfahren in den Planungsprozessen Am Sandhaus / Buch und Weißer See/ Weißensee in Abstimmung.

Die U18-Wahlen 2021 fanden begleitend zu den Bundestagswahlen und den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Das Projekt endete am 17. September 2021 mit dem U18-Wahltag. Die Stelle für Kinder- und Jugendbeteiligung/politische Bildung fungierte hierbei als Koordinierungsstelle in Pankow. Hier beteiligten sich in diesem Jahr 55 Wahllokale. Dazu zählten Schulen, Jugendgruppen, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Unterkünfte für Geflüchtete, mobile Wahllokale und Gemeinden. Die Aufgaben der Koordinierungsstelle beinhalteten u. a. Öffentlichkeitsarbeit, Akquise neuer Wahllokale und Kooperationspartner*innen, Vernetzung und Koordination der Akteur*innen, Organisation von Aktionen, wie U18-Wahlsendung oder Aktionstage und Kampagnen, Materialversorgung, Begleitung und Unterstützung sowie Durchführung eigener Aktionen und Wahllokale. Die Ergebnisse sowie das gesamte U18-Projektjahr (von Februar bis September 2021) wurden am 21. September 2021 im Kinder- und Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

In Pankow gab es zahlreiche Aktionen und Projekte von unterschiedlichsten Akteur*innen in den Monaten vor den Wahlen. Insgesamt wurden in Pankow etwa 10.000 Kinder und Jugendliche erreicht. Aktuell befindet sich das Projekt in der Evaluation.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

Der Prozess wendet sich an alle Kinder und Jugendlichen und ermöglicht somit eine zielgruppenrelevante Steuerung.

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

Angebote und Bedarfe werden durch einen Beteiligungsprozess langfristig planbar. Siehe auch Tabelle.

Kinder- und Familienverträglichkeit

Diese Maßnahme schließt alle relevanten Zielgruppen gemäß Jugendfördergesetz ein.

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Cornelius Bechtler
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

VIII-1106

**Vorlage zur Kenntnisnahme § 13
BezVG /SB**
Bezirksamt

Ursprung:

Antrag, BV Roland Schröder (Fraktion der SPD) und BV Dennis Probst
(Fraktion Bündnis90/Die Grünen) für Bürger_innen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.03.2020 BVV
12.01.2022 BVVBVV/030/VIII
BVV/003/IX

ohne Änderungen in der BVV beschlossen

Betreff: Temporäre Spielstraße am Teutoburger Platz

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 03.01.2022

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Bezirksamt Pankow von Berlin

2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.: VIII-1106

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

Schlussbericht

Temporäre Spielstraße am Teutoburger Platz

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung der in der 30. Sitzung am 04.03.2020 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VIII-1106

„Das Bezirksamt wird ersucht, in der Templiner Straße im Abschnitt zwischen Zionskirchstraße und Schwedter Straße eine temporäre Spielstraße mit dem Verkehrszeichen 250 in Verbindung mit dem Zusatzzeichen 1010-10 und einer zeitlichen Beschränkung (Zusatzzeichen 1042) einzurichten. Und zwar zunächst vom 21.4. - 23.6.2020 immer dienstags von 15 bis 18 Uhr.“

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Die dem Ersuchen zu entnehmenden verkehrsbehördlichen Maßnahmen wurden angeordnet und aufgestellt. Mit der begehrenden Initiative ist die notwendige Vereinbarung mit dem Bezirksamt unterzeichnet worden. Die Initiative nutzt die vorübergehend für den Fahrzeugverkehr gesperrten Flächen entsprechend der Vereinbarung.

Wir bitten die Drucksache als erledigt zu betrachten.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Manuela Anders-Granitzki
Bezirksstadträtin für Ordnung und
Öffentlicher Raum



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

VIII-1117

Vorlage zur Kenntnisnahme § 13
BezVG /SB
 Bezirksamt

Ursprung:

Antrag, BV Dennis Probst (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und BV Dr. Thomas Enge (Gruppe der FDP) für Bürger_innen

Mitzeichnungen: Linksfraktion

Beratungsfolge:

13.05.2020	BVV	BVV/032/VIII	überwiesen
11.08.2020	SoSeArW	SoSeArW/063/VIII	ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen
02.09.2020	BVV	BVV/034/VIII	ohne Änderungen in der BVV beschlossen
11.11.2020	BVV	BVV/036/VIII	mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen
20.01.2021	BVV	BVV/038/VIII	mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen
12.01.2022	BVV	BVV/003/IX	

Betreff: WLAN in Zimmern von Wohnungslosenheimen

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

Siehe Anlage

Berlin, den 13.12.2021

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Bezirksamt Pankow von Berlin

.12.2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

in Erledigung der
Drucksache-Nr.: VIII-1117

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

Schlussbericht

WLAN in Zimmern von Wohnungslosenheimen

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung des in der 34. Sitzung am 02.09.2020. angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VIII-1117

Das Bezirksamt wird ersucht in Koordination mit der Senatsverwaltung und den anderen Berliner Bezirken die Nutzung von WLAN in den Heimen für Wohnungslose (nach ASOG) in solcher Qualität zu ermöglichen, dass die Teilnahme an Videokonferenzen aller Bewohner*innen, die sich in Schule und Ausbildung befinden, möglich ist. Die Qualität des WLAN soll die gleichzeitige Teilnahme aller für Schule und Ausbildung notwendigen Digitalangebote ermöglichen. Die Reichweite des WLAN sollte ermöglichen, dass Schüler*innen und Auszubildende an einem ruhigen ungestörten Ort und vorzugsweise auch in ihrem Zimmer Digitalangebote nutzen können.

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Wie bereits berichtet, wandte sich das Bezirksamt in bezeichneter Angelegenheit sowohl an den für Soziales zuständigen Staatssekretär, als auch an die betroffenen Einrichtungen. Derzeit gelten für die vertragsfreien Einrichtungen Mindeststandards aus 2011. Das Bezirksamt setzte sich gegenüber der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung wiederholt für die Anpassung dieser Mindeststandards ein. Nur im Falle eine Anhebung dieser Standards bestünde von Bezirksseite eine Handhabe, um die Betreibenden von ASOG-Einrichtungen zu Qualitätsverbesserungen zu verpflichten. Eine zügige Anhebung der Mindeststandards wurde aus verschiedenen Gründen – u. a. mit dem Hinweis auf die beabsichtigte Implementierung der Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung (GStU) - abgelehnt.

Der Staatssekretär teilte seinerzeit mit, dass im Rahmen der Umsetzung der GStU entsprechend der allgemeinen Leistungs- und Qualitätsbeschreibung für die Unterkünfte für geflüchtete und wohnungslose Menschen künftig der WLAN-Empfang sowohl in den

individuellen Wohnbereichen als auch in den Aufenthalts- und Gemeinschaftsräumen grundsätzlich von den jeweiligen Betreibern sicherzustellen sei.

Nach aktueller Sachlage soll die Implementierung der GStU schrittweise erfolgen. Von daher wird sich auch die Aufnahme bestehender Unterkünfte in das GStU-Vertragssystem schrittweise vollziehen. Gegenwärtig läuft die Pilotierungsphase. Ein Implementierungsplan mit konkreter Zeitschiene ist für November 2021 geplant. Darin sind neben der Belegungssteuerung auch Prozesse der Kapazitäts- und Bedarfsplanung sowie der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements zu integrieren. Die zukünftigen GStU-Qualitätsstandards gelten zum einen für die reine Basisbetreuung und darüber hinaus ergänzend für die bedarfsspezifische Betreuung besonderer Zielgruppen.¹

Gegenwärtig kann noch nicht eingeschätzt werden, ab wann im Land Berlin einheitliche Qualitätsanforderungen an die Unterbringung gelten werden. Vorab sieht sich das Bezirksamt nicht in der Lage, Qualitätsverbesserungen im Sinne definierter Mindeststandards in den vertragsfreien Einrichtungen Pankows über höhere Tagessätze aus seinem Haushalt durchzusetzen und zu finanzieren. Von daher beabsichtigt das Bezirksamt, sich dem „Stufensystem“ anzuschließen.

Dem Bezirksamt ist bewusst, dass diese Antwort dem Anliegen der BVV nicht zufriedenstellend gerecht wird. Gleichwohl verfolgt das Bezirksamt ein eigenes Interesse an der Implementierung von Teilhabechancen insbesondere für Bewohnende, die sich in Schule und Ausbildung befinden. Leider sind seine Handlungsmöglichkeiten an dieser Stelle eingeschränkt. Das Bezirksamt ruft die Angelegenheit erneut auf, sofern sie umgesetzt werden kann.

Daher wird gebeten, die Drucksache als erledigt zu betrachten.

Haushaltmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

¹ Vgl. Rote Nummer 3368 A vom 10. August 2021 „Gesamtstädtische Unterbringung wohnungsloser Menschen“

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Dr. Cordelia Koch
Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

VIII-1192

**Vorlage zur Kenntnisnahme § 13
BezVG /SB**
Bezirksamt

Ursprung:
Antrag, Gruppe der FDP
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

02.09.2020 BVV
12.01.2022 BVV

BVV/034/VIII
BVV/003/IX

ohne Änderungen in der BVV beschlossen

**Betreff: Kindgerechte Informationstafeln an Volieren und Tiergehege im Bürgerpark
Pankow**

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 03.01.2022

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Bezirksamt Pankow von Berlin

2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.: VIII-1192

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

Schlussbericht

Kindgerechte Informationstafeln an Volieren und Tiergehege im Bürgerpark Pankow

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung der in der 34. Sitzung am 02.09.2020 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VIII-1192

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht, die Volieren und Tiergehege im Bürgerpark Pankow mit kind- und jugendgerechten Informationen zu den dort gehaltenen Tieren wie Vögel, Hühner und Ziegen auf Tafeln, Schildern, Aufstellern oder ähnliches zu versehen."

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Derzeit hängen am Tiergehege schon kindgerechte A4-Behelfsschilder aus. Die dauerhaften Schilder werden noch in diesem Jahr aufgestellt.

Wir bitten die Drucksache als erledigt zu betrachten.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Manuela Anders-Granitzki
Bezirksstadträtin für Ordnung und
Öffentlicher Raum



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

VIII-1337

**Vorlage zur Kenntnisnahme § 13
BezVG /SB**
Bezirksamt

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen: Linksfraktion
Gruppe der FDP

Beratungsfolge:

09.12.2020 BVV
24.02.2021 BVV
12.01.2022 BVV

BVV/037/VIII
BVV/039/VIII
BVV/003/IX

ohne Änderungen in der BVV beschlossen
mit Zwischenbericht zur Kenntnis genommen

Betreff: Flexible Kinderbetreuung auch für Pankow weiterentwickeln

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

Siehe Anlage

Berlin, den 22.12.2021

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Bezirksamt Pankow von Berlin

.12.2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

in Erledigung der
Drucksache-Nr.: VIII-1337

**Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG**
Schlussbericht

Flexible Kinderbetreuung auch für Pankow weiterentwickeln

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung des in der 37. Sitzung am 09.12.2020 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VIII-1337/2020

„Das Bezirksamt wird ersucht, das Modellprojekt Flexible Kinderbetreuung in Berlin Pankow aus 2015 unter besonderer Berücksichtigung des erweiterten Rechtsanspruchs und der Kita-Kostenfreiheit auszuwerten und der Bezirksverordnetenversammlung und dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss Vorschläge zur Weiterentwicklung der vier Bausteine 24h Kita, Kita mit verlängerten Öffnungszeiten, ergänzende Kindertagespflege und Kooperation zwischen Kita und Kindertagespflege zu unterbreiten.“

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Wie bereits im 1. Zwischenbericht detailliert dargestellt, kann das Bezirksamt Pankow hinsichtlich des Ersuchens der BVV mitteilen, dass der Bedarf an flexibler Betreuung grundsätzlich gedeckt werden kann. An dieser Stelle ist auch nochmals darauf hinzuweisen, dass die meisten Kindertagesstätten dem tatsächlichen Betreuungsbedarf mit Öffnungszeiten von 6 bis 18 Uhr im Wesentlichen gerecht werden.

Auf Grund der ausführlichen Berichterstattung und der regelmäßigen Befassung mit diesem Thema wird es aus Sicht des Jugendamtes in absehbarer Zeit keine wesentlich neuen Entwicklungen geben. Das Bezirksamt Pankow wird sich auch in der IX.

Wahlperiode in den dafür zuständigen Gremien weiterhin verständigen, sich konstruktiv in die jeweiligen Diskussionen einbringen und zeitnah, vorausgesetzt es liegen neue Informationen vor, im Kinder- und Jugendhilfeausschuss über die weiteren Entwicklungen in dieser Angelegenheit berichten.

Wir bitten, die Drucksache als erledigt zu betrachten.

Haushaltmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

Ein Angebot der flexiblen Kinderbetreuung schafft Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Cornelius Bechtler
Bezirksstadtrat der Abteilung
Jugend und Familie



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

VIII-1498

**Vorlage zur Kenntnisnahme § 13
BezVG /SB**
Bezirksamt

Ursprung:
Antrag, Fraktion der CDU
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

05.05.2021	BVV	BVV/041/VIII	überwiesen
19.08.2021	VerkOrd	VerkOrd/087/VIII	mit Änderungen im Ausschuss beschlossen
01.09.2021	BVV	BVV/043/VIII	ohne Änderungen in der BVV beschlossen
12.01.2022	BVV	BVV/003/IX	

Betreff: Radverkehrsanlage Heinersdorfer Straße

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 03.01.2022

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Bezirksamt Pankow von Berlin

2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.: VIII-1498

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

Schlussbericht

Radverkehrsanlage Heinersdorfer Straße

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung der in der 43. Sitzung am 01.09.2021 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VIII-1498

„Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht, im Verlauf der Heinersdorfer Straße in Richtung Süden den von Fußgängern und Radfahrern gemeinsam genutzten Straßennebenraum durch entsprechenden Maßnahmen insbesondere im Bereich der Einfahrten in die Anlage Blankenburg deutlich zu kennzeichnen und so vor dem Schleichverkehr durch die Anlage zu schützen.“

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Der in Rede stehende Gehweg, in stadteinwärtiger Richtung, ist gemäß der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) mit dem Zeichen 240, gemeinsamer Geh- und Radweg, beschildert. Im Bereich der Gehwegüberfahrten zur Anlage Blankenburg sind Piktogramme mit dem Fahrradsymbol angeordnet und vorhanden.

Das Bezirksamt hat die Erneuerung dieser Piktogramme in der Heinersdorfer Straße beauftragt. Die Arbeiten haben begonnen und werden witterungsabhängig fortgesetzt. Bisher wurden 8 Piktogramme von der Fafnerstraße bis zum Blankenburger Pflasterweg markiert. Das Bezirksamt geht davon aus, dass die Arbeiten im I. Quartal 2022, bei entsprechender Witterung, erledigt sein werden.

Wir bitten die Drucksache als erledigt zu betrachten.

Haushaltmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Manuela Anders-Granitzki
Bezirksstadträtin für Ordnung und
Öffentlicher Raum



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

VIII-1561

**Vorlage zur Kenntnisnahme § 13
BezVG /ZB**
Bezirksamt

Ursprung:
Antrag, Fraktion der CDU und Linksfraktion
Mitzeichnungen: Fraktion der SPD

Beratungsfolge:

01.09.2021 BVV
12.01.2022 BVV

BVV/043/VIII
BVV/003/IX

ohne Änderungen in der BVV beschlossen

Betreff: Rahmenplanung für Französisch Buchholz

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 03.01.2022

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Bezirksamt Pankow von Berlin

2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.: VIII-1561

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

1. Zwischenbericht

Rahmenplanung für Französisch Buchholz

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung des in der 43. Sitzung am 01.09.2021 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VIII-1561 –

„Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht, einen städtebaulichen Rahmenplan für den Ortsteil Französisch Buchholz zu erstellen.

Im Zuge der Erstellung des Rahmenplans sollen zunächst ortsbildprägende und ortsbildtypische Strukturen identifiziert, infrastrukturelle Bedarfe ermittelt und städtebauliche Missstände aufgezeigt und daraus konkrete Handlungsbedarfe abgeleitet werden.

Insbesondere sollen dabei auch die folgenden Punkte Berücksichtigung finden:

- Aufwertung der städtebaulichen Situation des Dorfgangers
- Verbesserung der Kitaplatzversorgung
- Nachhaltige und ortsverträgliche Entwicklung der Wohnbaupotentialflächen unter Berücksichtigung der klimatischen Auswirkungen und der grünen Infrastruktur
- Aufwertung des Hugentotenplatzes
- Verbindung der beiden Zentren an der Hauptstraße und dem Rosenthaler Weg
- Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur mit Fokus auf dem Umweltverbund, insbesondere überörtliche Radwegeverbindungen

Bei der Erstellung des Rahmenplanes ist die Öffentlichkeit von Beginn an im Rahmen eines Werkstattverfahrens einzubeziehen.“

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Eine Aktualisierung bzw. eine neue rahmenplanende Untersuchung wird angesichts der vielen Neubauprojekte als notwendig erachtet. Die letzte Rahmenplanung für Französisch Buchholz wurde im Dezember 2003 fertig gestellt. Zurzeit ist eine Rahmenplanung für den nördlichen Teil von Französisch Buchholz in Erarbeitung - der Rahmenplan „Alte Schäferei“. Informationen zu Anlass, Umgriff und Ziel der Planung sind auf der Internetseite des Stadtentwicklungsamtes Pankow von Berlin veröffentlicht und unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/artikel.1134934.php>

Vom 05.11. bis 30.11.2021 fand hierzu die online Bürgerbeteiligung auf der Berliner Beteiligungsplattform Mein.Berlin statt.

Direktlink: <https://mein.berlin.de/projekte/rahmenplanung-alte-schaferei/>

Zudem waren zwei analoge Bürgersprechstunden im Amtshaus Buchholz geplant. Am 18.11. und 25.11.2021 hatten Bürger in der Zeit zwischen 15 Uhr bis 18 Uhr die Gelegenheit, sich über die Rahmenplanung zu informieren und Fragen zu stellen.

Folgender Link führt zur Pressemitteilung „Alte Schäferei“ in Französisch Buchholz – Bürgerbeteiligung ab 05.11.2021:

<https://www.berlin.de/ba-pankow/aktuelles/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1139755.php>

Diese Rahmenplanung betrachtet einen Großteil von Französisch Buchholz. Auch der Ortskern wurde auf einer groben Maßstabsebene mitbetrachtet. Der Rahmenplan wird voraussichtlich im Frühjahr 2022 abgeschlossen.

Aus Kapazitätsgründen ist gegenwärtig eine weitere Rahmenplanung nicht leistbar. Zudem ist zunächst über einen sinnvollen Umgriff und eine Konkretisierung der Aufgabenstellung zu befinden, damit eine sinnvolle Ergänzung zum Rahmenplan „Alte Schäferei“ entsteht. Es werden daher ab Frühjahr 2022 erste Überlegungen erfolgen und die finanziellen Möglichkeiten geprüft. Eine Ausschreibung kann frühestens im zweiten Halbjahr 2022 erfolgen.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Rona Tietje
Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung und
Bürgerdienste



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

VIII-1585

**Vorlage zur Kenntnisnahme § 13
BezVG /ZB**
Bezirksamt

Ursprung:
Antrag, Kinder- und Jugendhilfeausschuss
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

29.09.2021 BVV
12.01.2022 BVV

BVV/044/VIII
BVV/003/IX

ohne Änderungen in der BVV beschlossen

Betreff: Frühzeitige Lösung für den KiezKlub Pankow

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 03.12.2021

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Bezirksamt Pankow von Berlin

.11.2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

in Erledigung der
Drucksache-Nr.:
VIII-1585/2021

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

1. Zwischenbericht

Frühzeitige Lösung für den KiezKlub Pankow

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung des (der) in der 44. Sitzung am 29.09.2021 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VIII-1585/2021

„Das Bezirksamt wird ersucht, frühzeitig, d.h. spätestens bis zur Beräumung der überlassenen Nutzfläche vor dem Baubeginn in 2022, und unter Einbeziehung des Trägers, der Kinder und Jugendlichen sowie der Initiative am Brennerberg eine tragfähige und dauerhafte Lösung für einen neuen Standort des KiezKlubs Pankow im Tiroler Viertel zu finden.“

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Vertreter des Schul- und Sportamtes sowie Jugendamtes, der Schule und des Trägers (Kinderring Berlin e. V.) haben sich am 05.11.2021 zu einem ersten Gespräch auf dem Schulgelände der Klecks-Grundschule getroffen, um die weitere Vorgehensweise in dieser Angelegenheit zu erörtern. Dabei wurden Möglichkeiten zur Verlegung des Klubstandortes auf dem Gelände der Schule besprochen. Diese werden bis Ende Januar 2022 geprüft. Parallel dazu wurde eine Anfrage an den Bedarfsträger Umwelt- und Naturschutzamt (UmNat) gestellt, um die Voraussetzungen für die Variante der Verlegung des Standortes auf die Grünanlage des Andreas-Hofer-Platzes (Brennerberg) ermitteln zu lassen. Der Träger der Einrichtung hat die Kosten für einen Rückbau des von ihm genutzten Gebäudes ermittelt und dem Schulamt übermittelt. Über die weiteren Entwicklungen wird das Bezirksamt zeitnah berichten.

Haushaltmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

Nur mit einem Ersatzstandort kann dieses Angebot für die Kinder und Jugendlichen erhalten bleiben.

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Cornelius Bechtler
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0036

**Vorlage zur Kenntnisnahme § 15
BezVG**

Bezirksamt

Ursprung:

Vorlage zur Kenntnisnahme § 15 BezVG, Bezirksamt

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

**Betreff: Benennung der Vorsitzenden des Kuratoriums der "Seniorenstiftung
Prenzlauer Berg"**

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 03.12.2021

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Begründung:

Bezirksamt Pankow von Berlin

.11.2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.:

**Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 15 BezVG****Benennung der Vorsitzenden des Kuratoriums der „Seniorenstiftung Prenzlauer Berg“**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Gemäß § 15 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) wird berichtet:

Das Bezirksamt hat in seiner Sitzung am 23.11.21 folgende Beschlüsse gefasst:

- I. Als Vorsitzende des Kuratoriums der „Seniorenstiftung Prenzlauer Berg“ wird Frau Bezirksstadträtin Dr. Cordelia Koch bestimmt.
- II. Die bisherige mit Vorlage VIII-0014/2016 am 29.11.2016 benannte Vorsitzende des Kuratoriums der „Seniorenstiftung Prenzlauer Berg“, Frau Rona Tietje, wird abberufen.

Begründung

Gemäß § 4 Abs. 1 der Satzung der „Seniorenstiftung Prenzlauer Berg“ sind der Vorstand und das Kuratorium Organe der Stiftung.

Dem Kuratorium gehören gemäß § 4 Abs. 2 Buchstaben a) und b) der Satzung

- ein Mitglied des Bezirksamts als Vorsitzender des Kuratoriums
- und ein/e in der Altenpolitik/Altenhilfe erfahrene/r bzw. zuständige/r Mitarbeiter/in des Bezirksamtes Pankow von Berlin

an. Sie werden unbefristet durch Beschluss des Bezirksamts bestimmt. Die bisherige Vorsitzende des Kuratoriums verantwortet in der IX. Legislaturperiode einen anderen Geschäftsbereich. Aus sachlichen Gründen erfolgt deren Abberufung und Benennung des für Soziales zuständigen Bezirksamtsmitglieds.

Zur Sicherstellung der Kontinuität in der Arbeit des Kuratoriums der Stiftung ist zeitnah die Neubestellung eines Mitglieds des Bezirksamts Pankow von Berlin als Vorsitzende/r des Kuratoriums erforderlich.

Die Mitgliedschaft von Frau Jana Kruspe - Leiterin des Fachbereichs „Seniorenservice und soziale Angebote“ - in das Kuratorium bestellt (VIII-1075/2020 vom 04.03.2020) als in der Altenpolitik/Altenhilfe erfahrene und zuständige Mitarbeiterin des Bezirksamtes Pankow von

Berlin - ist von der Legislaturperiode unabhängig und soll an dieser Stelle lediglich der Form halber Erwähnung finden.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Dr. Cordelia Koch
Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0037

**Vorlage zur Kenntnisnahme § 15
BezVG**

Bezirksamt

Ursprung:

Vorlage zur Kenntnisnahme § 15 BezVG, Bezirksamt

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Benennung eines Mitgliedes für den Vorstand der Albert Schweizer Stiftung

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 03.12.2021

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Begründung:

Bezirksamt Pankow von Berlin

.12.2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.:

**Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 15 BezVG****Benennung eines Mitgliedes für den Vorstand der Albert Schweizer Stiftung**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Gemäß § 15 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) wird berichtet:

Das Bezirksamt hat in seiner Sitzung am 30.11.2021 folgenden Beschluss gefasst:

Als Mitglied des Vorstandes der Albert Schweitzer Stiftung – Wohnen & Betreuen wird Frau Bezirksstadträtin Rona Tietje benannt.

Begründung

Die Senatsverwaltung für Justiz genehmigte am 25. November 2009 die aktualisierte Satzung der Albert Schweitzer Stiftung - Wohnen & Betreuen. Darin heißt es im § 4:

"§ 4 - Vorstand

(1) Organ der Stiftung ist der aus sieben Mitgliedern bestehende Vorstand. Ihm gehören an:

- a. das für soziale Angelegenheiten zuständige Bezirksamtsmitglied des Bezirkes Pankow von Berlin, das den Vorsitz führt,
- b. ein weiteres vom Bezirksamt benanntes Bezirksamtsmitglied des Bezirkes Pankow von Berlin,
- c. die fachlich leitende Dienstkraft der für soziale Angelegenheiten zuständigen Abteilung des Bezirksamtes Pankow von Berlin,
- d. die für Pflegeeinrichtungen verantwortliche Dienstkraft des Bezirksamtes Pankow von Berlin,
- e. ein Mitglied des für soziale Angelegenheiten zuständigen Ausschusses der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) des Bezirkes Pankow von Berlin,
- f. eine, von dem für soziale Angelegenheiten zuständigen Ausschuss der BVV des Bezirkes Pankow von Berlin vorgeschlagene, fachlich erfahrene Person aus dem Gesundheits- oder Pflegedienst und
- g. ein Mitglied der bezirklichen Seniorenvertretung des Bezirkes Pankow von Berlin.

Die Mitglieder des Vorstandes dürfen nicht Arbeitnehmer der Stiftung sein. Die Zusammensetzung des Vorstandes kann durch satzungsändernden Beschluss nach § 6 Abs. 6 nicht verändert werden, solange die Besetzbarkeit einzelner Positionen nicht unmöglich geworden ist.

(2) Die Mitglieder des Vorstandes nach Absatz 1 Buchstabe e) bis g) werden von der Bezirksverordnetenversammlung des Bezirkes Pankow von Berlin für die Dauer der

Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung gewählt. Wiederbestellung oder vorzeitige Abwahl sind möglich. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens sind die Nachfolger für die restliche Amtszeit entsprechend Satz 1 zu wählen.

(3) Die Mitglieder des Vorstandes führen ihr Amt bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolger weiter.“ Frau Dr. Cordelia Koch ist als die für Soziales und Gesundheit zuständige Bezirksstadträtin laut § 4 Abs. 1) Ziffer a der Satzung a priori Mitglied des Vorstandes und führt zugleich den Vorsitz. Einer Bestellung bedarf es hierfür nicht. Ebenso verhält es sich mit den unter c) und d) genannten Dienstkräften.

Das Bezirksamt benennt zu Beginn der Legislaturperiode das gemäß § 4 unter Absatz (1) Buchstabe b beschriebene „weitere Bezirksamtsmitglied“.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Dr. Cordelia Koch
Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0038

**Vorlage zur Kenntnisnahme § 15
BezVG**
Bezirksamt

Ursprung:
Vorlage zur Kenntnisnahme § 15 BezVG, Bezirksamt
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Neubesetzung des Stiftungsrates der Stiftung Pfefferwerk

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 03.12.2021

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Begründung:

Bezirksamt Pankow von Berlin

.11.2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.:

**Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 15 BezVG
Neubesetzung des Stiftungsrates der Stiftung Pfefferwerk**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Gemäß § 15 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) wird berichtet:

Das Bezirksamt hat in seiner Sitzung am 30.11.2021 folgenden Beschluss gefasst:

Für die nächste Amtszeit des Stiftungsrates der Stiftung Pfefferwerk wird Herr Bezirksstadtrat Cornelius Bechtler, Leiter der Abteilung Jugend, als Mitglied benannt.

Begründung

Der Stiftungsrat ist ein Organ der Stiftung Pfefferwerk. Er besteht aus fünf natürlichen Personen. Ein Mitglied wird durch das Bezirksamt Pankow von Berlin bestimmt und durch den Stiftungsrat bestellt. Die Wiederwahl ist zulässig.

Die Amtszeit des Stiftungsrates beträgt drei Jahre. Sie endet am 3. Dezember 2021.

Mit Schreiben des Vorstandes der Stiftung Pfefferwerk vom 15. November 2021 wurde das Bezirksamt Pankow gebeten, ein Mitglied für die neue Amtszeit des Stiftungsrates zu benennen.

Durch Beschluss des Bezirksamtes vom 19.06.2018 wurde für das Bezirksamt Pankow Frau Bezirksstadträtin Rona Tietje als Mitglied des Stiftungsrates bestimmt. Frau Bezirksstadträtin Rona Tietje steht für eine Wiederwahl aufgrund neuer Geschäftsverteilung nicht mehr zur Verfügung, somit wurde vom Bezirksamt Pankow für die kommende Amtszeit des Stiftungsrates als neues Mitglied Herr Bezirksstadtrat Cornelius Bechtler benannt.

Haushaltmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0039

**Vorlage zur Kenntnisnahme § 15
BezVG**

Bezirksamt

Ursprung:

Vorlage zur Kenntnisnahme § 15 BezVG, Bezirksamt

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

**Betreff: Bestellung von Mitgliedern des Bezirksamts Pankow von Berlin für das
Heimkuratorium "Seniorenwohnen am Schloßpark"**

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 22.12.2021

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Begründung:

Bezirksamt Pankow von Berlin

.01.2022

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.:

**Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 15 BezVG****Bestellung von Mitgliedern des Bezirksamts Pankow von Berlin für das Heimkuratorium
„Seniorenwohnen am Schloßpark“**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Gemäß § 15 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) wird berichtet:

Das Bezirksamt hat in seiner Sitzung am 14.12.2021 folgenden Beschluss gefasst:

- Frau Dr. Cordelia Koch als das für den Geschäftsbereich Soziales und Gesundheit zuständige Bezirksamtsmitglied
- Frau Rona Tietje als das für den Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bürgerdienste zuständige Bezirksamtsmitglied

werden als Mitglieder für das Heimkuratorium des „Seniorenwohnen am Schloßpark“ bestellt.

Begründung

Gemäß § 7 Abs. 1 Betriebsübernahmevertrag vom 20.12.1995 errichtet der Träger ein Heimkuratorium, dem zwei Mitglieder des Bezirksamtes Pankow von Berlin angehören. Die Mitglieder des Kuratoriums üben ihre Funktionen der Regelung des § 7 Abs. 3 entsprechend für die jeweilige Wahlperiode aus. Sie können sich gemäß Präambel der Geschäftsordnung für das Heimkuratorium „Seniorenwohnen am Schloßpark“ mit Vollmacht vertreten lassen. Zur Sicherstellung der Kontinuität in der Arbeit des Kuratoriums der Stiftung ist zeitnah die Neubestellung von Mitgliedern des Bezirksamts Pankow von Berlin in das Kuratorium erforderlich.

Haushaltmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Dr. Cordelia Koch
Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0040

**Vorlage zur Kenntnisnahme § 15
BezVG**

Bezirksamt

Ursprung:

Vorlage zur Kenntnisnahme § 15 BezVG, Bezirksamt

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

**Betreff: Benennung bezirklicher Mitglieder der Trägerversammlung des Jobcenters
Berlin Pankow**

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 22.12.2021

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Begründung:

Bezirksamt Pankow von Berlin

.12.2021

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.: IX-...

**Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 15 BezVG****Betr.: Benennung bezirklicher Mitglieder der Trägerversammlung des Jobcenters Berlin
Pankow**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Gemäß § 15 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) wird berichtet:

Das Bezirksamt hat in seiner Sitzung am 14.12.2021 folgende Beschlüsse gefasst:

Der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung werden die Inhaber:innen folgender Funktionen als ordentliche Mitglieder für die Trägerversammlung des Jobcenters Berlin Pankow benannt:

- das für Soziales und Gesundheit zuständige Bezirksamtsmitglied,
- das für Jugend zuständige Bezirksamtsmitglied.

Als stellvertretende Mitglieder der Trägerversammlung des Jobcenters Berlin Pankow sind der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung die Inhaber:innen folgender Funktionen zu benennen:

- die für Soziales zuständige Amtsleitung,
- die für Jugend zuständige Amtsleitung,
- die Leitung des Steuerungsdienstes, SE Finanzen und Personal,
- die Koordinierungsstelle SGB II bei der für Soziales und Gesundheit zuständigen Bezirksstadträtin.

Das Bezirksamt erteilt der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung seine Zustimmung, das in der VIII. Legislaturperiode für die Abteilung Jugend, Wirtschaft und Soziales zuständige Bezirksamtsmitglied, Frau Rona Tietje sowie das für die Abteilung Schule, Sport, Facility Management und Gesundheit zuständige Bezirksamtsmitglied, Herrn Dr. Torsten Kühne, als ordentliche Mitglieder der Trägerversammlung abzurufen.

Begründung

Das am 15.12.2010 vom Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (AG SGB II) bestimmt, dass die Vertreterinnen und Vertreter des Landes Berlin sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter in den Trägerversammlungen nach § 44 c SGB II von der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung bestellt und entsandt werden.

Für jede Trägerversammlung werden zwei Vertreterinnen oder Vertreter sowie deren Stellvertretungen auf Vorschlag des jeweiligen Bezirksamtes bestellt und entsandt. Die Vertreterinnen und Vertreter des Landes Berlin in den Trägerversammlungen sowie ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter unterliegen in Angelegenheiten gesamtstädtischer Bedeutung den Weisungen der für Arbeit zuständigen Senatsverwaltung.

Die Vertreterinnen und Vertreter des Landes Berlin sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden regelmäßig für die Dauer von fünf Jahren bestellt. Sie nehmen ihre Aufgaben in der Trägerversammlung wahr, bis die jeweilige Nachfolgerin oder der jeweilige Nachfolger bestellt und entsandt ist. Die für Arbeit zuständige Senatsverwaltung kann die Vertreterinnen und Vertreter des Landes Berlin vorzeitig abberufen. Abberufungen von Personen, die auf Vorschlag eines Bezirksamtes bestellt wurden, erfolgen im Benehmen mit dem jeweiligen Bezirksamt oder auf Antrag des Bezirksamtes.

Die vom Bezirk zu benennenden stellvertretenden Mitglieder der Trägerversammlung sollen ihre Funktionen wegen der Kontinuitätswahrung auch in der neuen Legislaturperiode ausüben.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Dr. Cordelia Koch
Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-0041

**Vorlage zur Kenntnisnahme § 15
BezVG**
Bezirksamt

Ursprung:
Vorlage zur Kenntnisnahme § 15 BezVG, Bezirksamt
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

12.01.2022 BVV

BVV/003/IX

Betreff: Bildung der Spielplatzkommission

Es wird gebeten, zur Kenntnis zu nehmen:

siehe Anlage

Berlin, den 03.01.2022

Einreicher: Bezirksamt

Ergebnis:

_____ zur Kenntnis genommen ohne Aussprache

_____ zur Kenntnis genommen mit Aussprache

_____ zurückgezogen

Begründung:

Bezirksamt Pankow von Berlin

.01.2022

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.:

**Vorlage zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 15 BezVG****Bildung der Spielplatzkommission**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Gemäß § 15 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) wird berichtet:

Das Bezirksamt Pankow hat in seiner Sitzung am 14.12.2021 folgenden Beschluss gefasst.

Der Bezirk Pankow bildet für die IX. Wahlperiode eine Spielplatzkommission. Die Leitung der Spielplatzkommission wird dem für den Geschäftsbereich Jugend zuständigen Bezirksstadtrat, Herrn Cornelius Bechtler, übertragen.

Jede in der BVV vertretene Fraktion hat Gelegenheit, eine Vertreterin oder einen Vertreter zu benennen. Die Bezirksselternausschüsse Kita und Schule und der Bezirksschülerausschuss erhalten die Gelegenheit, je ein Mitglied zu benennen. Der Bezirksschulbeirat erhält zudem Gelegenheit, eine Lehrerin oder einen Lehrer zu benennen. Auf der Verwaltungsebene sind folgende Ämter ständig vertreten: das Schul- und Sportamt, das Jugendamt, das Straßen- und Grünflächenamt, das Umwelt- und Naturschutzamt sowie das Stadtentwicklungsamt. Die SE Finanzen wird nur bedarfs- bzw. themenabhängig vertreten sein. Im Bedarfsfall können weitere sachverständige Personen hinzugezogen werden.

Begründung

Die Aufgaben und Rechte der Spielplatzkommission regelt § 6 des Gesetzes über öffentliche Kinderspielplätze (Kinderspielplatzgesetz) vom 15. Januar 1979 (GVBl. S. 90), in der Fassung vom 20. Juni 1995 (GVBl. S. 388), geändert durch Art. XI des Gesetzes vom 17. Dezember 2003 (GVBl. S. 617). In jedem Bezirk wird eine entsprechende Kommission implementiert.

Die Geschäftsstelle der Spielplatzkommission sollte, so wie seit vielen Jahren praktiziert, aus den nachfolgend aufgeführten Gründen auch weiterhin der Zuständigkeit der für Jugend und Familie zuständigen Bezirksstadträtin bzw. des Bezirksstadtrates zuordnet werden:

- im Rahmen des Beteiligungsverfahrens sollen Kinder und Jugendlichen gezielt und aktiv an der Entwicklung und Gestaltung des öffentlichen Raums einbezogen und mit Problemen der Planung, der Baudurchführung, der Unterhaltung öffentlicher Flächen sowie mit Problemen des Umwelt- und Naturschutzes vertraut gemacht werden. Die Zuständigkeit ist dem Jugendamt zugeordnet, die Stelle ist dort vorhanden und personell besetzt. Durch die Beteiligungsverfahren soll sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen Berücksichtigung finden und das entsprechende Maßnahmen bedarfsgerecht geplant und realisiert werden können. Das Jugendamt kann hinsichtlich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf jahrelange Erfahrungen verweisen. Hier liegen die Stärken eindeutig beim Jugendamt, insbesondere auf der Prozessebene. Interessenvertreter der Kinder und Jugendlichen ist somit zweifelsfrei das Jugendamt.
- da Spielplatzneubau sowie die bauliche Unterhaltung bzw. Spielplatzsanierungen keinem Selbstzweck unterliegt, ist die Zuordnung dieser Aufgabenwahrnehmung, wie eben auch Planung und Ausführung von Maßnahmen von Spielplätzen, Spielflächen/-orten, eindeutig geregelt. Zuständig ist die Abteilung Ordnung und öffentlicher Raum. In diesem Kontext betrachtet macht es also durchaus Sinn, dass die Spielplatzkommission als beratendes Gremium nicht dem zuständigen Geschäftsbereich zugeordnet wird, sondern dem Geschäftsbereich Jugend und Familie. Letzterer hat u. a. die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen und ist somit Interessenvertreter der genannten Zielgruppe und kann zudem als „externer“ Impulsgeber für eine zielgerichtete und bedarfsgerechte Planung fungieren.
- zudem verfügt das Büro des Bezirksstadtrates für Jugend und Familie für die Aufgabenwahrnehmung der Geschäftsstelle der Spielplatzkommission über die dafür erforderliche personelle Ressource und über jahrelange Erfahrungen.

Als Mitglieder werden Eltern, Lehrer sowie weitere Sachverständige berufen. Zwecks Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Sinne der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention erhält der Bezirksschülerausschuss die Gelegenheit, ein Mitglied zu benennen.

Die Spielplatzkommission soll bei der Planung und Weiterentwicklung von Spielplätzen beratend mitwirken sowie den Behörden Anregungen und Vorschläge unterbreiten. Ihr obliegen folgende Aufgaben:

- Mitarbeit bei der Erstellung und Fortschreibung einer langfristigen Spielplatzplanung,
- Beratungen bei Spielflächensanierungen,
- Beratung bei der Planung und Errichtung von Spielplätzen und Spielorten; Zustimmung zu den Beteiligungsverfahren gemäß Vorlage zur Kenntnisnahme gemäß § 13 BezVG vom 13.05.2009 zur Drucksachen-Nummer VI-0689/2009 „Projektplanungsbogen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Neubau und Sanierung von Spiel- und Freiflächen“,
- Erarbeitung von Vorschlägen und Anregungen für die Erschließung zusätzlicher Spielmöglichkeiten, z. B. in Parkanlagen, auf Schulhöfen und auf Sportplätzen oder anderen Freiflächen (ggf. auch Übergangslösungen),
- regelmäßige Information über die Anmeldung von Investitionsmaßnahmen und Sonderprogrammen für die Neuanlage oder Umgestaltung öffentlicher Spielplätze bzw. Spielorte sowie anderer öffentlicher Plätze.

Die Mitglieder der Spielplatzkommission und die Beratungstermine werden öffentlich bekannt gegeben.

Die Arbeitsweise der Kommission wird über eine Geschäftsordnung geregelt.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

Siehe Anlage

Kinder- und Familienverträglichkeit

Da die Spielplatzkommission erfahrungsgemäß ein beratendes Instrument bei der Umsetzung von Sanierungs- und Neubaumaßnahmen von Spielplätzen und -flächen darstellt, besteht die Möglichkeit einer zielgerichteten, bedarfsgerechten und konstruktiven Einflussnahme, nämlich in Form konkreter Anregungen bzw. Vorschläge, auf die jeweils anstehende bezirkliche Maßnahme. Einer qualitativen Verbesserung familienfreundlicher Bedingungen und Bedürfnisse auf diesem Sektor wird somit weitestgehend Rechnung getragen werden.

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Cornelius Bechtler
Bezirksstadtrat für Jugend